

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Druckerei
und für Anzeigen die Postanstalten
entgegen. — Erscheint wöchentlich.
Preisprosa-Anschlag Nr. 22.

Verantwortlich für den Inhalt
der Druckerei
Herrn Dr. h. c. h. v. v. v. v. v.
Herrn Dr. h. c. h. v. v. v. v. v.
Herrn Dr. h. c. h. v. v. v. v. v.

Leitungsamt: Telegraphenamt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Nr. 1000

Nr. 287

Donnerstag, den 10. Dezember 1931

26. Jahrgang

Was die neue Notverordnung bringt

Allgemeines Verbot des Tragens von Uniformen und Abzeichen — Zwangsweise Herabsetzung der Zinssätze — Vorschriften für die Senkung der Preise, Löhne und Gehälter — Erhöhung der Umlagsteuer — Einschneidende Maßnahmen auf der ganzen Linie

Unterzeichnung durch Hindenburg

Vortrag des Kanzlers beim Reichspräsidenten
Berlin, 8. Dez. Der Reichspräsident empfing heute nachmittags den Reichskanzler zum abschließenden Vortrag über die 4. Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens.

Berlin, 8. Dez. Wie wir erfahren, begab sich der Kanzler heute abend 6 Uhr zum Reichspräsidenten. Der Reichspräsident hat die Notverordnung unterzeichnet.

Der Inhalt

Berlin, 8. Dez. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, befaßt sich der erste Teil der Notverordnung mit dem Problem der

Preis- und Zinssenkung

Die gebundenen Preise werden sämtlich um 10 Prozent gesenkt. Wenn diese Senkung nicht durchgeführt wird, gelten alle Vereinbarungen als null und nichtig. Das Kabinett hat sich aber nicht entschlossen, die Kartelle aufzulösen. Der Wirtschaftsminister kann über diese Grenze aber noch hinausgehen und den Zeitpunkt für die Herabsetzung vorschreiben.

Der Preis für Kohle und Kali

wird ab 1. Januar ebenfalls um 10 Prozent gesenkt. Auch der Preis für Stickstoff soll ab 1. Januar gesenkt werden. Es ist auch Vorsorge getroffen, daß die Herabsetzung des Kohlepreises sich im Kleinhandel auswirkt. Der Leipziger Oberbürgermeister Dr. Goebeler ist zum Preisentscheidungskommissar ernannt worden. Er hat die Aufgabe, die Durchführung ständig zu überwachen und bei weitestgehenden Vollmachten unter Umständen Maßnahmen zu treffen, die bis zur Schließung von Geschäften gehen. Das schwierige Problem ist

die Zinssenkung.

Die Reichsregierung hat sich entschlossen, die Zinsen für die kurzfristigen Papiere zu senken, und zwar sowohl die Schuldverschreibungen des Reiches, der Länder und der Kommunen als auch privater Papiere dieser Art. Die Zinssenkung soll durchgeführt werden bei 8 Prozent oder weniger auf 6 Prozent, bei Zinssätzen von mehr als 8 Prozent im Verhältnis von 8:6. Diese Regelung gilt auch für Hypotheken und Pfandbriefe, und es wird ausdrücklich unterstrichen, daß die Art der Durchführung von vornherein eine Schwächung solcher Papiere ausschließt. Der Reichskommissar für das Bankgewerbe wird durch Vereinbarung mit den Spitzenverbänden eine Senkung der Debetzinsen herbeiführen. In den Fällen, in denen eine Vereinbarung nicht möglich ist, hat der Kommissar das Recht, von sich aus Festsetzungen zu treffen. Durch Verhandlungen mit der Reichsbank ist eine Annäherung des Lombardzinsfußes an den Wechselzinsfuß herbeigeführt worden. Die Senkung beträgt zunächst 1 Prozent.

Von besonderem Interesse ist, daß die Steuerertragsgeschäfte ab 1. Januar aufgehoben werden.

Die Hauszinssteuer soll allmählich abgebaut werden, und sie wird zunächst zum 1. April um 20 Prozent gesenkt, dann später für die Jahre 1935 und 1936 auf 75 Prozent, für die folgenden Jahre auf 50 Prozent, so daß sie am 1. April 1940 ganz verschwindet. Dieser Abbau wird zunächst dadurch sichergestellt, daß die Hauszinssteuer nach bestimmten Sätzen sofort abgelöst werden kann.

Die Mietsenkung

ergibt sich aus der Herabsetzung der Hypothekenzinsen, und zwar für Alt- und Neuwohnungen. Wo die Zwangswirtschaft nicht mehr besteht, ist die Möglichkeit der einmaligen Ränderung vorgesehen, und zwar zum 1. April; das gilt auch für gewerbliche Räume. Durch Schutzvorschriften gegen die Landwirtschaft und des Hausbestandes

kann bei der Zwangsversteigerung von Grundstücken im Falle einer Verschleuderung der Zuschlag verweigert werden.

Unter den sonstigen wirtschaftlichen Maßnahmen sind Feuerliche Versicherungen für die Aufstellung von Gesellschaften vorgesehen, um die Rückentwicklung zu fördern. Die Ein-

führung eines Bierpennigfußes soll den Spartrieb weiter fördern.

Der zweite Teil der Notverordnung behandelt in erster Linie die Frage der

Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten

Es ist vorgesehen, daß alle Tarifverträge am Tage des Inkrafttretens der Notverordnung gekündigt werden mit der Maßgabe, daß die Lohn- und Gehaltsätze auf den Stand vom 10. Januar 1927 herabgesetzt werden. Die Löhne und Gehälter in Reich, Ländern und Gemeinden sollen bei den Beamten um 9 Prozent und bei den Arbeitern um 10 Prozent gekürzt werden. Die prozentige Kürzung der Beamtengehälter wirkt sich praktisch ebenso aus wie die 10prozentige Kürzung der Arbeiterlöhne, da als Grundlage für die Kürzung bei den Beamten das ursprüngliche Grundgehalt genommen wird, während bei den Arbeitern vom gegenwärtigen Lohnstand ausgegangen wird.

Die durch die vierte Notverordnung bedingte Senkung der Beamtengehälter tritt ab 1. Januar 1932 in Kraft. Ein weiteres Kapitel der Notverordnung enthält

Maßnahmen zur Sicherung des Haushaltes

In diesem ist in der Hauptsache eine Erhöhung der Umlagsteuer auf 2 Prozent und die Erhebung einer Ausgleichsteuer für die Einfuhrwaren vorgesehen.

In der Frage der Realsteuern werden die Länder ermächtigt, im Bedarfsfälle bisher steuerfreien Gemeinden eine Erhöhung der Realsteuern bis zur durchschnittlichen Höhe des Landesfußes zu gestatten.

Ausführlich beschäftigt sich der zweite Teil der Notverordnung noch einmal mit den Problemen der

Kapitalflucht

Wenn auch nach Auffassung der zuständigen Stellen die Steueramnestiebestimmungen zweifellos erfolgreich gewesen sind und zu einigermaßen geordneten Verhältnissen geführt haben, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß immer noch eine Anzahl besonders leistungsfähiger Steuerzahler ins Ausland gegangen ist. Um gegen derartige böswillige Kapitalflucht mit den schärfsten Mitteln vorzugehen, ist in der Notverordnung eine sogenannte

„Reichsfluchtsteuer“

vorgesehen. Von dieser Steuer werden alle betroffen, die in der Zeit vom 31. März 1931 bis 31. März 1933 über 200 000 Mark Vermögen ins Ausland bringen. Die Steuer wird in Höhe von einem Viertel ihres in Deutschland befindlichen Vermögens erhoben. Für den Fall, daß die betreffenden Kapitalflüchtlinge auch dann noch versuchen, die Steuer zu hinterziehen, wird ein Steuerstrafbrief erlassen werden. Bei sofortiger Verhaftung und Aburteilung sind dann Gefängnisstrafen vorgesehen.

Weitere Abschnitte der Notverordnung beschäftigen sich

dann mit der Frage der

Börsenumsatzsteuer.

Künftig müssen auch diejenigen Firmen Börsenumsatzsteuer zahlen, die ihre Börsengeschäfte innerhalb der eigenen Firma machen und bisher von der Börsenumsatzsteuer befreit waren. In der Frage der Realsteuern werden die Länder ermächtigt, im Bedarfsfälle einzelnen Gemeinden eine Erhöhung der Realsteuern zu gestatten. Man ist an amtlicher Stelle der Auffassung, daß die in der Notverordnung enthaltenen Preis- und Zinssenkungsmaßnahmen insgesamt einen gewichtigen Ausgleich für die beabsichtigte Lohn- und Gehaltsenkung bieten. Besonders ins Gewicht fällt dabei zweifellos die Senkung der Mieten, aber auch die Senkung der Frachten, für die 300 Millionen vorgesehen sind, sowie die Zinssenkung und die Senkung der gebundenen Preise bedeuten eine starke Erleichterung für den Verbraucher.

Der letzte Teil der Notverordnung bringt Maßnahmen zum Schutze des inneren Friedens. Neben Richtlinien gegen den Mißbrauch von Waffen enthält dieser letzte Teil als zweifellos einschneidendste Maßnahme ein

allgemeines Uniformverbot für sämtliche Verbände

Jedes Tragen von irgendwelchen Uniformen und Abzeichen ist den Angehörigen politischer Verbände außerhalb der eigenen Wohnung verboten. Weiter ist eine erhebliche Verstärkung des Ehrenschutzes vorgesehen. Verleumdungen gegen Personen im öffentlichen Leben werden in Zukunft mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Außerdem sind bis zum 3. Januar zur Sicherung des Weihnachtsfriedens alle Versammlungen sowie alle Auszüge unter freiem Himmel verboten.

Im Zusammenhang mit diesem Notverordnungswerk ist die Frage einer

Abtragung der privaten deutschen Schulden.

die zum Wiederaufbau der Wirtschaft und teilweise in Ueberschätzung ihrer Entwicklung- und Ertragsmöglichkeiten kontrahiert worden sind, von entscheidender Bedeutung. Die Möglichkeit, dieser Aufgabe gerecht zu werden, beruht auf der Gestaltung der deutschen Ausfuhr, gegen die in jüngster Zeit an immer zahlreicheren Stellen des Auslandes Hindernisse aufgerichtet worden sind. Es ist deshalb darauf hinzuweisen, daß die Verweigerung einer Abnahme deutscher Güter der Verweigerung einer Zahlungsbilanzgleichgewichts und nicht etwa eine mangelnde Zahlungsbereitschaft Deutschlands bedeutet.

Beröffentlichung der Notverordnung erst am Mittwoch

Berlin, 8. Dezember. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, wird die Veröffentlichung des Kommanquers über die Notverordnung erst am Mittwoch erfolgen. Ebenso ist die Veröffentlichung des Wortlautes der Notverordnung auf Mittwoch verschoben worden.

Brüning verteidigt seine Notverordnung

Die Rundfunkrede des Kanzlers

Berlin, 8. Dezember. Reichskanzler Dr. Brüning hielt heute abend im Rundfunk eine Rede, in der er u. a. ausführte: Am Vorabend der Veröffentlichung einer schicksalsschweren Notverordnung, die jeden der Herr Reichspräsident unterzeichnet hat, holte ich es für meine Pflicht, dem deutschen Volke in großen Zügen Aufschluß über die Ziele und Entschlüsse der Reichsregierung zu geben. Die zu treffenden Maßnahmen sind bedingt durch die Lage der Weltwirtschaft und des Kapitalmarktes der Welt. Sie sind bedingt durch die unerträglichen Lasten, die dem deutschen Volk im vergangenen Jahrzehnt auferlegt wurden. Aber sie gehen andererseits zurück auf Fehler, die wir selbst in den vergangenen Jahren gemacht haben. Tag für Tag schreitet die Zerrüttung der Weltwirtschaft fort. Ein Wirtschaftskrieg von ungeheurer Ausmaße ist entbrannt, der die Wohlfahrt aller Völker der Welt zu untergraben droht. Sollen diese Gefahren gebannt werden, dann dürfen die Entschlüsse der Regierungen der Welt nicht hinter den Erkenntnissen zurückbleiben. Durch Festhalten an formalen Rechtsauffassungen kann die Lage der Welt noch nicht gemildert werden. Großzügige Lösungen müssen ge-

funden werden, deren Wirksamkeit nicht mehr durch überholte Konstruktionen und Gedankenengänge der Vergangenheit befristet ist. Wollte man abermals bei Teilschlüssen stehenbleiben, die an der zwangsläufigen Gesamtlage vorbeigehen, so würde sich schnell erweisen, daß sie nicht nur für die einzelnen Beteiligten unzureichend, sondern auch für die Welt unheilvoll sind.

Mit den auf deutschen Antrag eingeleiteten Verhandlungen in Basel über die Reparationsfragen haben gestern die internationalen Verhandlungen begonnen. Ich richte noch einmal den dringenden Appell an alle beteiligten Regierungen, dafür zu sorgen, daß die oft und von allen Seiten verkündeten Grundzüge verständnisvoller und solidarischer Zusammenwirkens sich jetzt endlich

in letzter Stunde in die Tat umsetzen.

Die nächsten Wochen werden von entscheidender Bedeutung sein. Heute ist die Wirtschaft enger ineinander verknüpft denn je. Jede Erschütterung in einem Lande hat tiefere Rückwirkungen auf die übrigen Länder. Jede Regierung ist bemüht, mit von Woche zu Woche sich ändernden Maßnahmen die Wirtschaft zunächst des

Der Kampf um die Tribute

Die Verhandlungen in Basel

eigenen Landes zu retten.
 Wenn jedes Land die Tendenz hat, sich abzugrenzen, währungs- und sozialpolitisch für sich zu sorgen, so wächst unweigerlich das Gesamtmaß der Wirtschaftserückung aller Länder. Alles dies weist auf die internationale Verständigung hin. Aber bis zu einer solidarisieren Lösung der Krise der Welt muß jede verantwortliche Regierung der Welt den Weg gehen, der aus den Lebensbedingungen des eigenen Volkes und der eigenen Wirtschaft sich ergibt. Vollkommene Lösungen kann sie allein nicht geben. Für Deutschland, das eine schwere Inflation erlebt hat, steht im Vordergrund die Sicherung der Währung. Dieses Ziel zwingt die Reichsregierung nach außen zur Erfassung und planvollen Bewirtschaftung der anfallenden Devisen, er zwingt im Innern zur Sicherung des Staats mit harten Mitteln. War es möglich, bis zur Auswirkung der englischen Pfundkrise wohlüberlegt miteinander in Zusammenhang stehende Maßnahmen schrittweise zu treffen, so ist jetzt der Augenblick gekommen, entscheidende Maßnahmen auf zusammenhängenden Gebieten der Wirtschaft und Finanzen gleichzeitig zu treffen.

Preissenkung, Zinsenkung, Lohn- und Gehaltsenkung sowie die Senkung der Frachten,

also Maßnahmen auf der ganzen Linie, müssen gleichzeitig erfolgen. Nur so kann es gelingen, zu verhindern, daß die Realkaufkraft sinkt, die Produktion weiter zusammenkrumpft und die Arbeitslosigkeit ins Ungemessene steigt. Abbau und Tilgungsmöglichkeiten der Hauszinssteuer verbunden mit der Zinsenkung werden eine

mindestens 10prozentige Verringerung der Mieten

ermöglichen. Abbau der Zinsen, gerechte Berechnung der Handelspreise müssen eine weitere Verbilligung des täglichen Bedarfs herbeiführen. Störende Preisbindungen werden aufgelöst. Zu gleicher Zeit wie die Lohnsenkungen erfolgen, werden die Preise der gebundenen Produktion, Kohle, Eisen, Düngemittel herabgesetzt. Frachtsenkung in großem Ausmaß unterstützt die Preisenkung. Die Zinsen der langfristigen Verpflichtungen mit Ausnahme der ausländischen werden ebenfalls herabgesetzt, die Produktionskosten, insbesondere auch der Landwirtschaft, auf diese Weise gemindert. So soll überall, was auf der einen Seite allen Schichten der Bevölkerung genommen werden muß, auf der anderen Seite ihr durch Steigerung des Geldes wiedergegeben werden. Alles dies soll zusammenwirken, um die Verkämpfung am deutschen Geldmarkt und in der deutschen Güterwirtschaft zu lösen, soweit das durch staatliche Machtmittel überhaupt gefahren kann.

Schmerzhaft sind die Opfer, die von Beamten, Arbeitern und Angestellten, ja darüber hinaus in beschränktem Umfang auch von den durch Sozialversicherungen Betroffenen nun abermals verlangt werden. Wir haben lange versucht, und alles daran gesetzt, sie zu vermeiden, aber die Wirtschaftsnote zwingt wegen der inneren geschäftlichen Zusammenhänge der Dinge auch hier zuzugreifen. Schmerzhaft ist für viele die Zinsenkung der festverzinslichen Wertpapiere. Wenn sie manchen Sparrer trifft, so möge er bedenken, daß die Erleichterung des Kapitaldienstes ihm selbst in seiner Lebenshaltung wieder zugute kommt und daß die erschwerende Höhe des deutschen Zinsfußes eine Gefahr für die Sicherheit der Kapitalanlage selbst bedeutet. Dieser Gefahr wird durch die Zinsenkung begegnet.

Alle diese Opfer

müssen zur Senkung der Preise, zur Erleichterung der Lebenshaltung führen. Hinter allen diesen Maßnahmen steht als ein weiteres entscheidendes Moment die Sicherung des Staats. Durch Erhöhung der Umsatzsteuer — bei Schonung des Brotes, Weihes und Getreides als Volksernährungsmittel — und durch die Senkung der Ausgaben ist die Kasse- und Staatslage gesichert, sind die Voraussetzungen geschaffen, die für jeden Einzelnen das Wichtigste sind, nämlich die Zahlungen des Staates in den kommenden Monaten pünktlich geleistet werden können. Mit steigender Not haben sich in diesem Maße weite Volksteile zu Traumbildern geföhlet. Wunschgebilde aber sind kein politisches Programm. Eine Rettung Deutschlands ist jetzt, wie in den vergangenen Jahren nur möglich, wenn sich die Leitung der deutschen Politik nicht gleichfalls in dieses Reich der Illusion begibt, sondern sich bei heißer Liebe zu Volk und Vaterland von nüchternen Überlegungen, von harter Einsicht in die uns nach dem Kriege verbliebenen Mittel und Möglichkeiten leiten läßt. Eine Regierung, die sich ihrer Verantwortung für Volk und Vaterland bewußt ist, darf und wird nicht davor zurückweichen, einem drohenden Zerfall der Volksträfte mit eiserner Energie entgegenzutreten. Sie duldet keine andere Macht als die verfassungsmäßige.

Reichspräsident und Reichsregierung verfügen allein über die Machtmittel des Staates.

Sie werden mit unerhittlicher Strenge — sofalls auch unter Verhängung des Ausnahmezustandes — gegen alle eingeleitet werden, die sich unter Verstoß gegen die geltenden Verfassungskraften der Nationalsozialisten die legalen Wege und Ziele seiner politischen Absichten betonen, so fassen in großem Kontrast dazu die heftigen Beteuerungen sich nicht weniger verantwortlich fühlender Führer, die zum Anstoß Bruderkampf und zu außerpolitischen Torheiten auffordern. Wenn man erklärt, daß man — auf legalem Wege zur Macht gekommen — die legalen Schranken durchbrechen werde, so ist das keine Legalität. Und sie ist es noch weniger, wenn zu gleicher Zeit in engem Kreise Rachepläne verfaßt und vorgetragen werden. Dagegen werde ich mich als verantwortlicher Staatsmann auf das Schärfste. Ich werde mich weiterhin mit allen verfassungsmäßigen Mitteln solchen Vorgehens entgegenstellen, das deutsche Volk in dieser ungeheuren materiellen und seelischen Not in zwei feindliche Lager zu zerreißt.

Ein wackrer Instinkt gekundeter Wäker ermahnt, den innerpolitischen Meinungsstreit zurücktreten, ja völlig schweigen zu lassen, wenn das Vaterland in entscheidenden Stunden politischen Handelns steht. Deshalb ist es ein dem Lande abträgliche Unterliegen, wenn mit dem Hinweis auf innenpolitische Beschreibungen in den Tagesmeinungen der Wähler versucht wird, im Ausland den Eindruck zu erwecken, als ob es in Deutschland in Wirklichkeit geteilte Fronten, ja eine Regierung von morgen gebe, die sich anmaßen dürfte, für das deutsche Volk zu sprechen. Auch künftighin wird die politische Führung des Deutschen Reiches und die Vertretung der Interessen des Deutschen Reiches im Ausland ausschließlich in den Händen des Herrn Reichspräsidenten und der verfassungsmäßigen Regierung liegen. Um den inneren Frieden vor Gewaltmaßnahmen und Terrorakten von jeder Seite zu schützen, ist eine Verhärtung der Bestimmungen über den Waffengebrauch notwendig geworden.

Das Tragen von Uniformen und Abzeichen politischer Verbände hat sich als immer größerer Mißstand erwiesen. Reichspräsident und Reichsregierung haben sich daher entschlossen, das Tragen von Uniformen und Abzeichen politischer Verbände allgemein und ausnahmslos für das ganze Reichsgebiet zu verbieten.

Der Herr Reichspräsident hat sich ferner entschlossen, zur Sicherung des Weihnachtstriedens von morgen ab bis zum 3. Januar

Basel, 8. Dezember. Der Beratende Sonderauschuß hat heute nachmittag keine Beratungen über die wirtschaftliche und finanzielle Lage in Deutschland fortgesetzt. Seitens des Ausschusses wird über den Verlauf der Vormittags- und Nachmittags-Sitzung mitgeteilt, daß der deutsche Vertreter Dr. Reichler Erklärungen über das statistische dem Ausschuß unterbreitete Material gegeben habe. Darauf habe Dr. Reichler die allgemeinen wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands in sehr ausführlichen Erörterungen dargestellt, wobei er die Fragen, die den Reichshaushalt betreffen, späteren Erörterungen vorbehalten habe. In seinen Darlegungen habe Reichler sich hauptsächlich mit der kurzfristigen Verschuldung Deutschlands befaßt. Es sei bekannt, daß die Beträge dieser kurzfristigen Kredite, wie sie aus den letzten statistischen Erhebungen ergäben, erheblich höher seien als diejenigen, die sich in dem Bericht des Wiggins-Ausschusses befinden. Reichler habe darauf weiter hingewiesen, daß der Aktivsaldo der deutschen Handelsbilanz im letzten halben Jahr durchschnittlich 50 Millionen RM betragen habe. Trotz dieses günstigen Saldo habe sich die Deckung der Reichsbank weiter verschlechtert. Die Reichsbank schätze, daß Deutschland in dem letzten halben Jahre ungefähr eine Milliarde kurzfristige Kredite zurüdgezahlt habe.

In der Nachmittags-Sitzung gab Dr. Reichler die Erklärung ab, daß die deutsche Regierung gemäß dem Young-Plan den Ministerdirektor Graf Schwerin von Krosigk ernannt habe, um dem Ausschuß alle notwendigen technischen Erklärungen bezüglich des Reichshaushaltes zu geben. Der Sonderauschuß hat einen unterbreiteten statistischen Material prüfen und mit den Ziffern, die von anderer Seite beigebracht worden sind, vergleichen soll. Dieser Unter-ausschuß, der schon heute abend zusammentrat, wird dem Sonderauschuß so bald wie möglich seinen Bericht unterbreiten. Die nächste Sitzung findet Mittwochnormittag statt.

Erklärung der französischen Regierung

Paris, 8. Dezember. Zur Eröffnung der Arbeiten des Beratenden Sonderauschusses in Basel hat die französische Regierung den beteiligten Regierungen ihre Ansicht über die Reparationsfrage mitgeteilt. Sie ist der Auffassung, daß irgendeine Veränderung der im Young-Plan festgelegten Grundzüge nur bei gleichzeitiger Herabsetzung der zwischen den Regierungen bestehenden Schulden möglich ist, von der Deutschland Nutzen haben würde. Frankreich nimmt die deutsche Forderung an, die Lage

im Reiche im Rahmen des Young-Planes zu untersuchen, da, nachdem Deutschland im Haag den Bedingungen des Young-Planes zugestimmt hat, seine Forderung auf Einberufung des Ausschusses den ordnungsmäßigen Schritt eines Schuldners darstelle, der seine Verpflichtungen zu erfüllen wünscht. Da die Weltkrise die deutschen Zahlungsmittel zum Teil erheblich erschöpfen läßt, erkennt Frankreich die Notwendigkeit an, dem Reiche zu Hilfe zu kommen und wird dem Geiste des kürzlich in Washington veröffentlichten Kommuniqués entsprechen. Hinsichtlich der Arbeiten des Balleter Ausschusses hat sich Frankreich seine Handlungsweise bewahrt, da ihm der Text der deutschen Forderung nicht zu endgültiger Einwilligung unterbreitet worden ist. Es prüft die Notwendigkeit, das gegenwärtige Moratorium im Geiste der Zugewandtheit an die deutsche Lage zu verlängern. Frankreich besteht jedoch auf der Aufrechterhaltung der Reparationszahlungen, da sein Beweis dafür gegeben ist, daß Deutschland ständig in einem Krisenzustand bleiben wird. Im Hinblick darauf, daß die Finanzschwierigkeiten des Reiches nicht geeignet sind, eine endgültige Prüfung vorzunehmen, kann sich die gegenwärtige Unter-ausschuß nur mit einer vorübergehenden Lage beschäftigen und nur durch einseitige Maßnahmen Abhilfe schaffen. Erst in einer späteren internationalen Konferenz wird man dann die Zahlungsfähigkeit zu prüfen haben. Die französische Regierung lehnt es ab, die Priorität der kurzfristigen Schulden anzuerkennen, bemerkt aber, daß die Frage in Wirklichkeit überhaupt nicht zur Debatte steht, denn die Reparationen und Privatschulden sind nur Elemente des fundamentalen Problems der Zahlungsfähigkeit und der Wahrung vor den Verbindlichkeiten. Schließlich betont die französische Regierung die Notwendigkeit, daß der Beratende Sonderauschuß, für die Zurückführung der ins Ausland geflüchteten deutschen Kapitalien eintrete.

Zu den Ausführungen Dr. Reichlers über die Notendekung der Reichsbank

Berlin, 8. Dez. Bei den heutigen Ausführungen des deutschen Vertreters im beratenden Sonderauschuß Dr. Reichler, daß die Deckung der Reichsbank von ungefähr 30 Prozent auf 12 Prozent gesunken sei, ist zu berücksichtigen, daß bei diesen Angaben die 630 Millionen Reichsmark ausländischer Kreditkonten nicht enthalten sind. Hieraus erklärt sich, wie bereits erwähnt, der angegebenen niedrige Prozentsatz.

1932 alle öffentlichen politischen Versammlungen zu verbieten, damit unser Volk Gelegenheit bekommt, Abstand von dem aufgeregten, lauten Tagesstreit zu gewinnen. Ich werde nie mit Besprechungen und Illusionen über den wirklichen Zustand unserer Lage hinwegtäuschen versuchen. Die fühle Ueberzeugung, das harte Rechnen mit politischen Möglichkeiten ist nicht ein Mangel an tiefstem Mitempfinden mit den Leiden des Volkes, es ist vielmehr die schwere Verantwortung, die auf den Regierenden ruht und ihnen verbietet, ihr inneres Gefühl anders als in der sorgfältigen Unterordnung unter die Pflichten ihres Amtes zu äußern.

Reichsminister Dietrich über die Notverordnung

Berlin, 8. Dez. Vor Vertretern der Presse erläuterte heute abend Reichsfinanzminister Dietrich in großen Zügen die Notverordnung, indem er darauf hinwies, daß sie den Schlupfstein einer langen und schweren Arbeit bilde. In Verfolg der Krise, die von den Rohstoffländern ausging, und naturgemäß auch das eng mit der Weltwirtschaft verflochtene Deutschland traf, sind die deutschen Betriebe unrentabel geworden. Das Problem, mit dem die Reichsregierung sich beschäftigt hat, ist also in erster Linie gewesen, die deutsche Wirtschaft wieder rentabel zu machen.

Die Entwertung des Bundes zwang dazu, in der Senkung der Bestehungskosten noch einen Schritt weiterzugehen, als man im Oktober für notwendig halten mußte. Dazu kam die Notwendigkeit, die Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden zu sichern. Die Zahl der Krisenunterstützten beläuft sich zwar auf 200 000 weniger, als nach den Schätzungen der zuständigen Stellen erwartet wurde. Trotzdem hat die Arbeitslosigkeit einen Umfang angenommen, wie ihn die deutsche Wirtschaftsgeschichte noch nicht kannte. Es liegt auf der Hand, daß die öffentlichen Haushalte dadurch außerordentlich ungünstig beeinflusst wurden. Für diesen Winter ist allein eine Milliarde Krisenunterstützung aufzuwenden. Bei den Erörterungen der Reichsregierung hat natürlich auch die Frage der Währung eine entscheidende Rolle gespielt. Für ihre Erhaltung sind zwei Voraussetzungen maßgebend, nämlich der Ausgleich des Reichshaushaltes und die Aktivität der Außenhandelsbilanz. Die erste Voraussetzung wird durch die finanziellen Maßnahmen der Reichsregierung erfüllt, die zweite durch die Novembererträge unseres Außenhandels erneut dargestellt. Zu den finanziellen Maßnahmen bemerkte der Minister, daß die Umsatzsteuer, die immer als die letzte Reserve bezeichnet wurde, nicht nur dem Reich zugute kommt, sondern mit 30 Prozent des Aufkommens auch den Ländern und Gemeinden. Getreide, Mehl und Brot werden von dieser Steuer übrigens nicht betroffen. Die Erhebung der Einkommensteuer wird um einen Monat vorverlegt, damit das Steuerjahr mit dem Rechnungsjahr in Einklang kommt. Mit diesen beiden Maßnahmen glaubt die Reichsregierung die Sicherung des Staats gewährleistet. Der Minister wies schließlich noch darauf hin, daß mit den in der Notverordnung enthaltenen Maßnahmen die Möglichkeiten erschöpft sind, die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft von der Seite der Produktionskosten her zu steigern. Eine weitere Senkung von Abhnen und Gehältern sei nicht möglich. Damit sind wir, schloß der Minister, an einem Punkt angekommen, der die Beendigung der Deflationsperiode in Deutschland bedeutet. Gingen wir darüber hinaus, so würden wir zu einem Zustand gelangen, den man nur als eine Gefahr für die Zukunft von Staat und Volk bezeichnen könnte.

Der Reichszankler zur Notverordnung

Berlin, 8. Dez. In einer Erklärung, die Reichszankler Dr. Brüning im Anschluß an die Darlegungen des Vizekanzlers Dr. Dietrich über Inhalt und Bedeutung der neuen großen Notverordnung abgab, wies Dr. Brüning darauf hin, daß die Notverordnung als ein absolut zusammenhängendes Ganzes, aus dem kein Teil herausgenommen werden könne, fertiggestellt werden mußte. Wenn deshalb von Seiten der Kreise in jüngster Zeit der Vorwurf zu großer Zurückhaltung und zu großer Schweißhaftigkeit gemacht worden sei, so müsse er die Schuld auf sich allein nehmen. Der Augenblick sei auch weltmächtig gesehen der geeigneter, um den Schlupfstein unter eine und aufzugezwungene und nicht gewollte Destinationspolitik zu ziehen. In angestrengtester Arbeit und im Stillen habe man sich unter Zuziehung des Wirtschaftsbeirates eingehend mit den vorliegenden Fragen beschäftigt, zu denen die Senkung der Mieten, der Zinsen, der Preise, der Löhne und Gehälter gehören. Einen anderen Weg als den vorliegenden, um die Zahlungsfähigkeit, die Warenumsätze zu erhalten, die Arbeitslosigkeit zu vermindern, statt sie steigen zu lassen, so erklärte der Zankler, gibt es nicht. Es galt, die Ruhe zu schaffen, die auch politisch notwendig ist. Entscheidend war dabei, daß die Staats- und die Kassensicherheit mit diesen Maßnahmen unter allen Umständen gesichert wurde. Das war von umso größerer Tragweite, als die Maßnahmen in dem Augenblick erfolgte, in dem wir in die schwersten und entscheidendsten außenpolitischen Verhandlungen eintreten. Wir haben früher einmal solche Verhandlungen geführt, bei denen wir ohne Notendekung in finanzieller Hinsicht in der Heimat bestanden. Ich und meine Kollegen, wir glaubten, daß wir in dieser geschichtlichen Stunde die Verantwortung für solche außenpolitischen Verhandlungen trotz all dieser scharfen Maßnahmen nicht auf uns nehmen können, wenn nicht Kasse und Etat in Reich, Ländern und Gemeinden für die nächsten Verhandlungsmonate absolut sichergestellt sind. Auch die schärfste Durchleuchtung unseres Staats wird, so wie er jetzt aufgestellt ist, keine Kritik mehr zulassen, denn bei Abhebung der inneren Kriegslasten hält er den Vergleich auch mit den niedrigsten Ausgabenansätzen der Vorkriegszeit vollkommen aus.

Das Echo der neuen Notverordnung in der Presse

Berlin, 9. Dezember. Obwohl der Text der neuen Notverordnung noch nicht vorliegt, beschäftigen sich fast alle heutigen Morgenblätter in ihren Leitartikeln mit den ange kündigten neuen Maßnahmen, deren einschneidende Wirkungen nachdrücklich unterstrichen werden. Auch die Reden des Reichszanklers und des Finanzministers werden in den Kommentaren gewürdigt.

Die „Germania“ nennt die Notverordnung ein „Dokument der Zeit“. Die Notverordnung solle den Grund legen für die Ordnung der Verhältnisse im Innern. Gleichzeitg aber auch einen endgültigen Schlupfstein unter die Vergangenheit legen. Die „Voll. Zig.“ überschreibt ihren Artikel „Regierung zeigt Mut“. Zum ersten Male unternehme eine Regierung den Versuch, den Wirtschaftsprozess eines großen Staates nach bestimmter Vorschriften zu regulieren, um einerseits die Währung aufrecht zu erhalten, andererseits die Wettbewerbsfähigkeit auf dem internationalen Markt zu sichern. Besonders unterstricht das Blatt die Bestimmungen zur Sicherung des inneren Friedens und das Uni-

formierte
 des gegen
 Das
 gegen die
 Kampf
 der „groß
 Reist ein
 jehnete
 ausneme
 die notwe
 eigentliche
 Auch
 Kamplan
 Notverord
 Das Ver
 zehnen
 den Ver
 den verbo
 fennen zu
 der Lohn
 wärts“ de
 die Preis
 außerorden
 Noch
 einl über
 dem Ausn
 längere Ze
 Die
 das Tri
 Aber darü
 Sorge, ab
 Fordernde
 in den na
 die Spitzen
 Die
 mehr den
 keine ganz
 die Reule
 sich die Re
 fundamend
 Systems
 gierung al
 sondern die
 Zweck die
 ordnung ge
 Der
 immer wi
 wart hat
 herbeigefü
 Brüning a
 eine gemi
 drückung d
 schaft zu
 sein Wert
 polemisch
 lamentaric
 „Tag“ spre
 über dem
 Mort“ zu
 fehe, Span
 nenwirtsch
 Die to
 Morzen“
 Diktatur g
 Dr.
 Be
 abend den
 bat ihn, i
 Durchfüh
 ordnung
 Preisüber
 dem Herr
 aus d
 Be
 Dr. Goet
 Führer de
 entschloffe
 politischen
 ihrer Op
 bringt, au
 darüber g
 tischen un
 verbunden
 Die
 tritt Dr.
 tung der
 Reichskom
 Verfügun
 macht.
 Einber
 Be
 bank ist fi
 Für 10
 Be
 tagmachm
 wird sich
 der Umlau
 zwar in d
 Ferner w
 die die we
 erkärt we
 Verordnu
 Gewerbe
 eine Reife
 verordnun
 schenlich
 Kundschu
 beginnt u
 men wick

Hoovers Jahresbotschaft

Washington, 8. Dezember. In seiner Jahresbotschaft an den Bundestag kündigte Präsident Hoover an, daß er die außenpolitischen Fragen in einer späteren Sonderbotschaft ausführlicher behandeln werde. Heute beschränkte er sich auf einen kurzen Rückblick und erklärte, die Weltdepression habe auch Amerika schwer getroffen, und jede Bemühung um die eigene Erholung bedeute auch eine Zusammenarbeit mit den anderen Nationen zur Wiederherstellung des Vertrauens und der wirtschaftlichen Stabilität. Die Wirtschaftskrise in Deutschland und in Mitteleuropa habe im Juni das Ausmaß einer allgemeinen Panik angenommen, und es sei klar geworden, daß diese Nationen ohne auswärtige Hilfe zusammenbrechen würden. Die Furcht vor einem derartigen Zusammenbruch habe sowohl unseren Wertpapiermarkt als auch das Geschäft in landwirtschaftlichen Erzeugnissen erschüttert. Vor allem aber war es von größter Wichtigkeit, dabei mitzuwirken, daß das deutsche Volk von der unmittelbar bevorstehenden Katastrophe bewahrt und Deutschlands Stabilität erhalten bleibe. Zu dem mandatorischen Konflikt erklärte Hoover weiterhin, dabei mitzuwirken, daß eine Lösung im Geiste des Kellogg-Paktes und des Neun-Mächte-Vertrages gefunden werde. Zur Abrüstungsfrage führte er aus: Wenn die Welt zu einer angemessenen Lebenshaltung zurückgelangen will, so muß sie sowohl die Flotten als auch die anderen Rüstungen weiterhin verringern. Eine allgemeine Revision des Zolltariffs lehnte Hoover ab, da dadurch die Depression nur verlängert werden würde. Das gegenwärtige System scharfer Einschränkung der Einwanderung durch Verwaltungsverfahren wünschte er auf eine gesetzliche

Weise gestellt zu sehen. Ferner verlangte er eine Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen über die Ausweisung von Ausländern. Im übrigen kündigte er Gesetzentwürfe für höhere Steuern als Notmaßnahme für die nächsten zwei Jahre an, desgleichen eine Erleichterung der Antitrustgesetze sowie eine Fusion der unter der Depression schwer leidenden Eisenbahnen. Als weitere Maßnahmen sind vorgesehener Ausbau der Landbanken, die Errichtung von Hypothekendarlehen zur Erleichterung des Baues von Eigenheimen und eine Verschärfung der Bankbestimmungen zur Einschränkung der Spekulation in Wertpapieren, die Gründung einer großen Kreditanstalt nach dem Muster der Kriegsjahre zur Finanzierung der Ausfuhr und Unterstützung der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften sowie der Eisenbahnen. Unter erneuter Betonung der notwendigen Unterhaltung des traditionellen Prinzips individueller Betätigung lehnte Hoover die Arbeitslosenunterstützung in direkter und indirekter Form ab und verwies dabei auf den Fehlschlag derartiger Experimente in Europa. Ueber die Bundesfinanzen teilte Hoover mit, daß der Rückgang der Steuereinkünfte und die vermehrten Ausgaben für Notstandsarbeiten zu einem Defizit geführt hätten, das sich Ende Juni d. J. auf 90 Millionen Dollar belaufen hätte und Ende Juni nächsten Jahres etwa 210 Millionen Dollar betragen dürfte. Die öffentliche Schuld werde sich am Ende des laufenden Etatsjahres um 171 Millionen Dollar erhöhen. Dies sei eine untragbare Situation, die teils durch die Aufnahme von Anleihen, teils durch erhöhte Steuern korrigiert werden müsse.

formverbot, in dem die Entündigung eines neuen härteren Kurzes gegen den Kapitalismus zu sehen ist.
Das „Berliner Tageblatt“ spricht von einer klaren Front gegen Hitler und nennt die Kundgebung des Kanzlers eine Kampfschrei. Zu der Redeordnung schreibt das Blatt: Jede der „großen“ Redeordnungen, die bisher erlassen worden sind, stellt ein geschlossenes Sammelurteil dar. Die gestern unterzeichnete Redeordnung sei von dieser Charakterisierung nicht ausgenommen, da ihr jene Einheitslichkeit der Überzeugung fehle, die notwendig wäre, um von einem „Wirtschaftsprogramm im eigentlichen Sinne des Wortes“ sprechen zu können.

Auch der „Vorwärts“ bezeichnet die Rede als eine Kampfschrei gegen Hitler. Die politischen Bestimmungen der Redeordnung nennt das Blatt „ein Stück Belagerungszustand“. Das Verbot des Tragens von Uniformen und politischen Abzeichen schiere alles über einen Kamm. Daß es bis auf weiteres den Verteidigern der Republik in gleicher Weise wie ihren Feinden verboten sein soll, ihre Gesinnung in Kleid und Abzeichen erkennen zu lassen, müsse Erbitterung hervorrufen. Bei Erörterung der Lohn- und preispolitischen Bestimmungen gibt der „Vorwärts“ der Meinung Ausdruck, daß die Lohnsenkung härter als die Preishebung sei. Die Redeordnung stelle darum eine außerordentlich schwere Belastung für die Arbeiterschaft dar.

Nach Auffassung des „Berliner Tageblatt“ werde das Urteil, das einst über diese Gewaltanwendung gefällt werde, abhängen von dem Ausmaß, in dem sich die Hoffnungen der Regierung, daß für längere Zeit Ruhe eintreten werde, erfüllen.

Die „Berliner Zeitung“ spricht von unergiebigen Opfern für das „Tributsystem“. Die Lebensgrundlage werde verringert. Aber darüber hinaus ergebe sich für unendlich Viele die schwere Sorge, ob ihnen durch diesen neuen diktatorischen, tiefen, nicht überwindlichen, sondern in weitem Umfange hemmenden Eingriff in den natürlichen Kreislauf des wirtschaftlichen Geschehens nicht die Existenzmöglichkeit überhaupt genommen werde.

Die „D.A.Z.“ jagte, man könne der Reichsregierung nicht mehr den Vorwurf machen, daß sie halbe Maßregeln ergreife und seine ganze Arbeit leihe. Es sei diesmal eher zu befürchten, daß die Rede zu heftig geschwungen worden sei. Die Mittel, deren sich die Regierung bediene, widersprüchlich an einigen Punkten in fundamentaler Weise den Grundprinzipien des kapitalistischen Systems. Es sei zwar kein Zweifel darüber möglich, daß die Regierung als Ziel ihrer Politik nicht den Bolschewismus betreibe, sondern die Rückkehr zu normalen Verhältnissen, aber ob der Zweck die Mittel so sehr heiligen dürfte, wie es in dieser Redeordnung gelte, müsse doch bezweifelt werden.

Der „Botenzeitung“ führt aus, daß er seit dem Jahre 1924 immer wieder auf das Eindringliche vor all den Fehlern warnen hätte, deren leicht voraussehbare Folgen die heutige Lage herbeigeführt hätten. Eine ungeheure Verantwortung habe Brüning auf sich geladen mit seinem Versuche, in letzter Minute eine gemäßigte Binnenwirtschaft unter gleichzeitiger Herabsetzung des gesamten Binnenincomes der deutschen Volkswirtschaft zu erzielen. Ob er in der Lage sei, auch nur parlamentarily sein Wort durchzusetzen, sei nach unsicher. Mit der scharfen Polemik gegen die Nationalsozialisten habe er bewußt kein parlamentarisches Schicksal auf die Sozialdemokratie gestellt. Der „Tag“ spricht von einem „Sprung ins Dunkle“ und fragt: Wird über dem Wege, den der Kanzler Brüning jetzt geht, das tragische Schicksal „zu spät“ stehen? Manches, was in der Redeordnung stehe, könne man als ein Sich-Bekennen auf jene nationale Binnenwirtschaft deuten, die Eugenberger seit Jahren gefordert habe.

Die kommunistischen Blätter „Rote Fahne“ und „Berlin am Morgen“ sprechen von einem „Generalangriff der Brüning-Diktatur gegen die Arbeiterschaft“.

Dr. Goerdeler Reichskommissar für die Preisüberwachung

Berlin, 8. Dez. Der Reichspräsident empfing heute abend den Oberbürgermeister Dr. Goerdeler, Leipzig und bat ihn, im Interesse der Allgemeinheit und der schnellen Durchführung der Preisfestsatzung das in der neuen Redeordnung geschaffene Amt eines Reichskommissars für die Preisüberwachung zu übernehmen. Dr. Goerdeler hat sich dem Herrn Reichspräsidenten zur Verfügung gestellt.

Reichskommissar Goerdeler aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetreten

Berlin, 8. Dez. Der neuernannte Reichskommissar Dr. Goerdeler hat sich nach einer Unterredung mit dem Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Eugenberger, entschlossen, da seine Stellung ihn in einen Gegensatz zur politischen Haltung der Deutschnationalen Volkspartei und ihrer Oppositionsstellung gegen das Kabinett Brüning bringt, aus der Partei auszutreten. In der Erklärung darüber gibt er bekannt, daß er nach wie vor mit den politischen und weltanschaulichen Grundtendenzen der Partei verbunden bleibe.

Die deutschnationalen Pressestellen erklären zu dem Austritt Dr. Goerdelers, daß die grundsätzlich ablehnende Haltung der Partei zur Regierung Brüning den Austritt des Reichskommissars, der der Regierung seine Mitarbeit zur Verfügung stellt, zu einem Akt selbstverständlicher Loyalität macht.

Einberufung des Zentrallausschusses der Reichsbank

Berlin, 8. Dez. Der Zentrallausschuss der Reichsbank ist für morgen nachmittag einberufen worden.

Für 100 Millionen neue Fünfmarkstücke

Berlin, 8. Dez. Der Reichsrat, der am Donnerstagnachmittag wieder zu einer Vollsitzung zusammentritt, wird sich mit einer Vorlage zu beschäftigen haben, wonach der Umlauf an Silbermünzen um 100 Millionen RM, und zwar in der Form von Fünfmarkstücken, erhöht werden soll. Ferner wird der Reichsrat eine Verordnung beraten, durch die die neue steuerfreie Reichsbahnanleihe für mündelbarer erklärt werden soll. Auf der Tagesordnung steht auch eine Verordnung über die Zerlegung der Einheitswerte für die Gewerbesteuer der Länder und Gemeinden für 1931 und eine Reihe von Einbürgerungsanträgen. Die Ausführungsverordnung zum Weingesetz wird am Donnerstag wahrscheinlich noch nicht verabschiedet werden können, da die Ausschussberatung darüber erst am morgigen Mittwoch beginnt und voraussichtlich mehrere Tage in Anspruch nehmen wird.

Neuer Antrag auf Reichstageinberufung

Berlin, 8. Dez. Die kommunistischen Mitglieder des Reichsrats haben heute einen neuen Antrag auf Einberufung des Reichsrats beim Reichstagspräsidenten gestellt, und zwar für den 11. Dezember. Die Einberufung des Reichstagsplenums wird für den 15. Dezember verlangt. Als Tagesordnung werden kommunistische Anträge auf Aufhebung der neuen Redeordnung vorgeschlagen, in Verbindung damit eine finanz- und wirtschaftspolitische Aussprache sowie erneut eine außenpolitische Debatte und eine Erklärung des Reichsinnenministers zu den heftigen Dokumenten.

Die Arbeitsmarktlage im Reich

Berlin, 8. Dez. Die erwartete jahreszeitliche Verschlechterung des Arbeitsmarktes ist in der Berichtzeit eingetreten. Die Zahl der Arbeitslosen nahm um rund 214 000 zu und betrug am 30. November nach den vorläufigen Meldungen der Arbeitsämter rund 5 057 000. Die Zunahme liegt im Rahmen der Schätzungen der Reichsanstalt. Sie beläuft sich gegenüber dem Stande Mitte des Monats auf 4,4 v. H. Der überwiegend jahreszeitliche Charakter der Bewegung kommt in der Tatsache zum Ausdruck, daß die Zahl der Arbeitslosen in den Saisonaußenberufen um 7,7 v. H., in den übrigen Berufsgruppen nur um 2,4 v. H. gegenüber dem Stande vom 15. November zugenommen hat. Seit dem sommerlichen Tiefstand war in diesem wie im vorigen Jahr eine Zunahme der Arbeitslosenzahl um etwa 1,1 Millionen zu verzeichnen. Der Stand der Arbeitslosigkeit ist jetzt ähnlich wie im Sommer um etwas über 1,3 Millionen höher als zu den Vergleichszeitpunkten des Vorjahres.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger belief sich am 30. November insgesamt auf rund 2 772 000. Im einzelnen betrug sie in der Arbeitslosenversicherung rund 1 366 000 und hat seit Mitte des Monats eine Steigerung um rund 118 000 erfahren. Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge wurden nach einer Zunahme um rund 24 000 Ende des Monats rund 1 406 000 gezählt.

Eröffnung des neuen heftigen Landtags

Der Nationalsozialist Dr. Werner zum Präsidenten gewählt. Rüdtrittserklärung der Regierung

Marstadt, 8. Dez. Heute nachmittag wurde das neugewählte heftige Parlament eröffnet. Bei der Wahl des Präsidenten erhielt der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Werner die absolute Mehrheit. Er nahm die Wahl an und erklärte, er werde sich bemühen, seine Pflicht so sachlich und unparteiisch zu erfüllen, wie es sein Amt erfodere. Als Vertreter der „größten Partei Deutschlands und des Hauses“ werde er gemäß den Grundtönen seiner Partei auf gleichem Wege das tun, was unter der Hand des Präsidenten gesetzgeberisch zu formen bleibe. Stellvertretender Präsident wurde der Zentrumsabgeordnete Beckler, 2. Stellvertretender Präsident der sozialdemokratische Abgeordnete Delp.

Staatspräsident Abelung stellte die Aemter des Gesamtministeriums dem neugewählten Landtag zur Verfügung und erklärte, daß das Gesamtministerium bis zur Einsetzung einer neuen Regierung die Staatsgeschäfte fortführen werde.

Landtagspräsident Werner erklärte darauf, daß die Nationalsozialisten eine Beratungspause verlangten, um eine „politische Aktion“ vornehmen zu können. Zu der Sitzung waren alle gewählten Mitglieder erschienen mit Ausnahme des durch die Vorheimer Affäre bekanntgewordenen nationalsozialistischen Abgeordneten Schäfer, der sich durch Krankheit entschuldigt hatte.

Weitere interessante Ergebnisse der Gemeindevahlen in Württemberg

Stuttgart, 8. Dez. Von den Gemeindevahlenresultaten am letzten Sonntag verdienen die in den Industriestädten Schweningen und Tuttlingen noch besondere Beachtung. In Schweningen erhielten die Sozialdemokraten 2 (5), die Demokraten 3 (5), die Kommunisten 3 (1), Zentrum 1 (1), Nationalsozialisten 3 (0) Sitze. In Tuttlingen fielen auf das Zentrum 1 (2), Sozialdemokraten 4 (6), Nationalsozialisten 2 (0), Bürgerliche 4 (8), Kommunisten 1 (0), Christlichsoziale 0 (0) Sitze. In Tuttlingen sind 16 Gemeindevorstände ausgetreten, aber nur 12 neugewählt worden.

Großfeuer an der Berlin-Hamburger Bahn

Wittenberge, 8. Dezember. Die an der Berlin-Hamburger Bahn gelegene Ortschaft Gärden wurde am Montag von einem Großfeuer heimgesucht. Kurz nach 19 Uhr ging das unmittelbar an der Bahn gelegene Häckelwerk der Firma Paul Strauß in Flammen auf. Verbrannt sind etwa 9000 Zentner Stroh, 700 Zentner Häckel und sämtliche Maschinen. Infolge des Funkenfluges wurde auch ein großer Holzlagerplatz in Brand gesetzt, der große Bestände an Grubenholz enthält. Bei der drohenden Lage richtete man die Löschmaßnahmen in erster Linie auf die Rettung des Grubenholzes. Bei der Bekämpfung des Feuers wurde auch eine Lokomotive verwendet, die vom Gieß aus große Wassermengen in die Flammen schleuderte. Der Zugverkehr erlitt erhebliche Verspätungen. Der gewaltige Feuerchein war im Umkreis von über 50 Kilometer sichtbar. Die Brandursache konnte noch nicht ermittelt werden. Man vermutet, daß es sich um einen hochgradig politischen Gegner handelt, denn der Besitzer des Wertes und sein Sohn gehören der NSDAP an und sind wiederholt bedroht worden.

Kammerstag Lavaß
Paris, 8. Dez. Die Kammer hat mit 324 gegen 260 Stimmen den Antrag des Ministerpräsidenten Lavaß auf Vertagung der Debatte über die Interpellationen über die Zwischenfälle bei der Kundgebung im Trocadero, für die er die Vertrauensfrage gestellt hatte, angenommen.

Das französische Flottenbauprogramm
Paris, 8. Dez. Der Finanzausschuss der Kammer hat heute die Kredite für das Flottenbauprogramm 1932 in Höhe von 1192 Millionen angenommen.

Zusammenstöße mit Polizei in Lima zehn Tote

Lima, 8. Dez. Bei einem Zusammenstoß zwischen Zivilisten und Polizei in der Nähe von Lima wurden zehn Personen getötet und 13 verwundet.

Neuer Vormarsch der Japaner

Paris, 8. Dez. Die Agentur Indopacifique meldet aus Peking, daß ein japanisches Bataillon die Hafenstadt Niutschwang besetzt und eine Abteilung von 50 Mann die Eisenbahnstrecke nach Nudun unterbrochen habe, um den Verkehr unmöglich zu machen. Die japanischen Truppen hätten den englischen Ingenieuren verboten, Reparaturen vorzunehmen. Die Chinesen treffen Verteidigungsmaßnahmen gegen das wahrscheinliche Vorrücken der japanischen Truppen.

Die erste Dezembernummer des „Photofreundes“ ist bereits auf das Weihnachtsfest abgestellt. Die ausgezeichneten und topographisch hervorragend wiedergegebenen Bilder sind auf den Winter und auf das bevorstehende Weihnachtsfest recht gut abgestimmt, ebenso die Aufsätze, die der „Photofreund“ in reichhaltiger Fülle auch dieses Mal bringt. August J. Fuchs-Wien macht Weihnachtsvorschlüsse für die Ausgestaltung der Ausleihentwicklung, und Walter Jacob-Berlin schildert eine gute Beschäftigung für die Feiertage, indem er auf die Photoalben und Photo-Registrierer hinweist. Paul Großleben beschäftigt sich eingehend mit der Vergrößerung in der Kleinbildphotographie. Auch die Bakteleide mit einer „Kleinbildbühne“ ist sehr interessant, ebenso die ausführliche Bildkritik, der Meinungsaustausch und die Anführerrede. Dr. Warstat schreibt über das Thema: „Warum Astrophotographie?“ Endlich wird es auch die Laten in der Photographie interessieren, daß ein junger Mann in England für eine einzige Photographie 63 600 Mark bekommen hat. Das preisgekürnte Bild aus dem Kodak-Weißbeneder steht man im „Photofreund“ und man sieht im Bilde auch den glücklichen Gewinner, der diese hübsche Summe hat einstecken können. Was in allem ist der „Photofreund“ auch dieses Mal wie immer sehr reichhaltig. Wer sich für diese interessante Kunstschrift interessiert, verlange kostenlos Probe Nummer von der Photokino-Verlag G. m. b. H., Berlin S. 14, Stallhofstraße 30.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: D. H. Treichel, für den Anzeigenteil: Carl Schleb. — Druck und Verlag: Neuer Druck- und Verlagsanstalt m. S. S., Aue

Immer weiße Zähne hat man bei häufigem Gebrauch von Chlorodont-Zahnpaste (Tube 50 Pf.) unter gleichzeitiger Benutzung der praktischen Chlorodont-Zahnbürste (Spezialmodell). Hören Sie sich vor minderwertigen, billigen Nachahmungen.

Stadt-Café Aue

Eigene Conditorei
Ruf 714

Weihnachtsg Gebäck

Marzipangebäck — eigenes Fabrikat, in bekannter Güte
Baumkuchen, Confitüren, Bonbonieren in reichster Auswahl und jeder Preislage
Sächs. Christstollen, hergestellt aus 1a Zutaten

Täglich ab 4 Uhr **Künstler-Konzert** Kapelle **Bredauf**
Mittwoch und Sonnabend **Tanz-Tea**

Eine Kage

meh mit grauen Fäden abhanden gekommen. Stwaige Wahrnehmungen erbittet
Rupfermiederei **Georgi**, Aue, Querhammerstraße.

Grundküd

mit ausreichendem Hinterland eventuell auch Hintergebäuden **lofort zu kaufen gesucht.**

Angebote unter Nr. 908 an das Auer Tageblatt erbeten.

Zinnschwämme ebenso eine große Waschwanne billig zu verkaufen. Zu erst. im Auer Tageblatt.

Weihnachten -



MENDE-ANLAGE

MENDE 98 Audion-Empfänger o.R. am. 98.-
MENDE 108 Audion-Empfänger mit Sperrkreis o.R. am. 108.-
MENDE 169 Schirmgitter-Empfänger o.R. am. 169.-
MENDE 250 Super-Einloch-Empfänger o.R. am. 250.-
Spezial-Prospekt kostenlos.
MENDE-Apparate kauft man nur in Fachgeschäften.

Deutscher Bühnenvolksbund Aue.



Operetten-Vorstellung

Freitag, den 11. Dez., abends 8 Uhr im „Bürgergarten“

„Für eine schöne Frau“

Schwank-Operette in 3 Akten von Günther Wilo u. Oskar Hellg.
Rote n für Nichtmitglieder sind von 8 Uhr ab an der Abendkasse zu haben.

Haben Sie Stoff?

Aus mitgebrachten Stoffen erhalten Sie einen modernen **Anzug oder Mantel** mit allen Zutaten für **nur 27 Mark**

Mittliche Anzüge sind mit Leinen und Rodhar verarbeitet. Fachmännische Bedienung. **Tadelloser Sitz.** Reparaturen, Änderungen sowie Sägen werden nach bill. berechnet.

Meine Kundschaft sind:
Landwirte, Direktoren, Handwerker, Angestellte, Lehrer, Privatleute, Ingenieure, Arbeiter, Staats-, Soldat-, u. Privatbeamte, Geschäftleute, Kaufleute, Pfarrer usw.

Waldmann, Aue I. E., Bahnhofstr. 29

Billige böhmische Bettfedern!

Nur reine, gutfüllende Sorten!
Ein Kilo: graue geschlossene Mk. 2.50
halbweiße Mk. 3.—, weiße Mk. 4.—
bessere Mk. 5.— Mk. 6.—, daunenweiße Mk. 7.— u. Mk. 8.—, beste Sorten Mk. 10.— u. Mk. 12.—
Versand frank, zollfrei gegen Nachnahme Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet. Benedikt Sackel, Lobes Nr. 281 bei Pilsen (Böhm.)



Wohnhaus

mit schönen, nordumigen Zimmern in Reinetagen, besonders Umstände halber **zu verkaufen.** Kaufsüchtige wollen ihre Anschrift unter **Wohnhaus 777** in der Expedition dieses Blattes niederlegen.

Ob dein Püppchen frant mein Kind bring's zum Puppen-Shopper geschwind.
Ruf 620
Aue, Ernst-Vopst-Str. 2.

Planos

mehrere sehr günstige Gelegenheiten neu und gebraucht v. Mk 320 an **Piano-Fabrik H. Graf, Augustsburg.**

Farben, Lacke, Pinsel, Schablonen, Spritzmuster, Malerutensilien, Tapeten, Linkrusta, Gold- und Rohleisten, Linoleum, Stragula, Balatum

auch in Läufern und Teppichen **Tischlinoleum**
Walther Selbmann
Schwarzenberger Straße 19
(früher Bauer & Co.)

Hotel Victoria AUE

Donnerstag **Schlachtfest**

„Holländerin“

Buttermilch-Seife
das schönste Weihnachtsgeschenk

1/4 Duzd Weihnachtspackung 85¢
Überall zu haben!
Alleinige Hersteller: Günther & Haussner A.G., Chemnitz 16

Ziehung am 12. u. 14. Dez. 1931

4. Geldlotterie für Alters- u. Krankenhilfe

32000 RM
Gewinne in barem Gelde ohne Abzug!
Lose 1 RM
Im „Auer Tageblatt“.

Nebeneinkommen durch schriftliche Arbeiten **Vitalis-Verlag, München 1 C**

Nähmaschinen, Fahrräder, Wringmaschinen

Prima Walzen, Ausführung aller Reparaturen, Alle Ersatzteile
Emil Reinheckel
Aue, Mozartstraße 22.

Wünschen Sie eine Familienangelegenheit zu veröffentlichen, ein Geschäft oder einen Post zu kaufen oder zu verkaufen, eine Geschäftsempfehlung irgendwelcher Art zu veröffentlichen,
so inserieren Sie im „Auer Tageblatt“, das infolge seiner weiten Verbreitung in allen Kreisen Aussicht auf Erfolg bietet.

Spendet für die Allgemeine Auer Winter-Nothilfe 1931

Gibt den Sammlern, bringt Eure Gaben in die Sammelstellen Kochschule und ins Stadthaus, alter Stadtverordneten-Sitzungsaal, Eingang Lessingstraße. Geschäftszeit 9—12, 3—5 Uhr.

Für Geldspenden Stadtbank Aue, Konto 2746

Für die vielen Beweise liebevoller Anteilnahme und ehrenden Gedankens von nah und fern beim Heimgange unseres lieben Vaters **Eisenbahner I. R.**
Hermann Emil Pilz
sprechen wir hierdurch allen unseren herzlichsten Dank aus
Hans Pilz und alle Hinterbliebenen.
Aue, den 8. Dezember 1931.

Sonntag, den 13. Dezember, abends 10 Uhr im Saale „Bürgergarten“
Konzert
zum Besten der Winternothilfe, veranstaltet von den Arbeiterorganisationen Aue.
Ausführende: **Volkschor Aue**
Leitung: Herr Kapellmeister Johannes Engelmann, Zwickau.
Zum Vortrag kommen: **Gemischte, Männer- und Frauenchöre.**
Kasseneröffnung 1/2 19 Uhr
Eintritt: Nummeriert 0.75 RM unnummeriert 0.50 RM
Erwerblos an der Kasse gegen Ausweis 0.30 RM
Das Gewerkschafts-, Kultur- und Sportkartell.

Matthes'
Dürrdige **Matjesheringe**
à Stück 25 Pfg.
empfehlen
Paul Matthes, Fischhandlung, Aue.
Schneeberger Str. — Telefon 272.

Tipp-Kick
das vielbeliebteste Tisch-Fußballspiel mit mechanisch klickenden Figuren ist ein sehr interessantes, neuzeitl. Gesellschaftsspiel zu **RM 4.80**, zu haben im **Sporthaus Aue, Ernst-Papst-Straße**

Perwachs
ist mein Ideal jetzt und ein für allemal!

So begeistert schreibt eine praktische Hausfrau: **Perwachs** ist tatsächlich feibelhaft. Tragen Sie **Perwachs** nur hauchdünn auf und polieren Sie danach sofort. Sie erzielen schönsten Hochglanz ohne Glätte. Ausrutschen auf Treppen und Böden normalerweise ausgeschlossen. Auch allen Möbeln, Ledersachen, weißlackierten Türen, Stein- und Marmorplatten, farbigen und Lack-schuhen gibt **Perwachs** strahlenden Sonnenglanz. Und dabei keine Fußspuren und Fingerabdrücke! Verwenden Sie **Perwachs** es ist einfach glänzend.

Perwachs
DIE IDEALE BODEN-CREME

Größe 1 RM 0,80
Größe 2 RM 1,30
Größe 3 RM 2,25

mit dem herrlichen Tannenduft!
Vertrieb: Thompson-Werke GmbH, Düsseldorf

Die...
Bis zur...
1600 Personen...
Die...
Bis zur...
1600 Personen...

Aus Stadt und Land

Kue, 9. Dezember 1931

Hygiene in Küche und Haus

Der Hausfrauverein Kue veranstaltete gestern im Saal des Hotels „Stadtpost“ einen Vortragsabend, der zugleich den Charakter einer schlichten oder stimmungsvollen Abendfeier trug. Tannengrün schmückte die Tische, Kerzen waren angezündet, und bei Begrüßungsworten der Vorsitzenden, Frau Bertha Hoffmann, folgte der Gesang des „O du fröhlicher“.

Dann hielt Frau Weig-Wangenscheldt aus Kassel einen von Lichtbildern begleiteten, interessanten Vortrag zu dem Thema „Hygiene in Küche und Haus“. Die Vortragende führte dabei durch die vielen Mitteilungen der Hygieneausstellung und des Deutschen Hygiene-Museums in Dresden und wußte überall das herauszugreifen und in den Bildern zu zeigen, was die Hausfrau stark interessiert und in dem Rahmen gehört, den das Vortragssthema umschließt. In sehr anschaulicher Weise wurde gezeigt, wie enorm sich in den letzten Jahren die ganze Struktur des Arbeitsgebietes der Hausfrau durch die Technisierung der Hausarbeiten geändert hat und wie die Umstellung nach den Grundsätzen der Hygiene durchgeführt worden ist. Grundrisshygiene, Wohnungshygiene, Arbeitshygiene und Einrichtungshygiene wurden behandelt und illustriert mit den Bildern der Gegenstände, die Eingang in die modernen Haushalte gefunden und die Hausfrau entlastet haben, die zugleich aber auch, das kann man leider nicht übersehen, mit beigetragen haben zur Vergrößerung der Erwerbslosigkeit unter den Hausangestellten, die heute von „Mühsüßchen“ Staubsaugern, elektrischen Kaffeemählern und eisernen Backfrauen ersetzt werden. Von der Vortragenden wurde besonders auch auf die Auswirkung der neuzeitlichen Haushaltseinrichtung auf die Volksgesundheit hingewiesen.

Die Hausfrauen, die den Ausführungen Frau Weig-Wangenscheldts lauschten, sahen in den Bildern gewiß manchen ihrer Wünsche in feiner im Bilde festgehaltenen Form vor sich. Aber man hörte hier und da ein zustimmendes Seufzen, als die Vortragende auf die Strompreise zu sprechen kam und von den glücklichen Hausfrauen erzählte, die in Kassel z. B. einen Wirtschaftstrom zum Preise von 12 Pfg. für die Kilowatt-Stunde und einen Nachtstrom zum Preise von 8 Pfg. beziehen können, und als von entlegenen Dörfern in der Altmark erzählt wurde, wo bereits die Haushalte völlig elektrifiziert sind, weil der Strom dort nach den Angaben der Vortragenden zu einem Preise von 8 Pfg. für die Kilowattstunde geliefert wird. Aus der Versammlung heraus wurde dabei auf die Strompreise in Kue hingewiesen und der Preis mit 45 Pfg. für die Kilowattstunde angegeben, den die Vortragende als unerhöht bezeichnete. Frau Stadthoffmann, die der Rednerin für ihre Ausführungen dankte, wies auf ihre häufigen Versuche um die Erreichung der Strompreissenkung hin und verwies dabei auch auf das starke Anwachsen der Wohlfahrtlasten der Stadt, das bisher eine Senkung der Strompreise nicht zugelassen habe. Man hoffe aber, daß im Rahmen der allgemeinen Preislenkung nun endlich auch die Kuer Hausfrauen mit billigerem Strom beglückt würden.

Im Anschluß an den Vortrag und die kurze Aussprache, die sich daraus entwickelt hatte, ließen die Hausfrauen noch eine Zeitslang bei einem Plauder-Rundchen zusammen.

Volksbegehren in Kue

Bis zum heutigen Mittag hatten sich in Kue rund 1600 Personen in die Listen für das Volksbegehren ein-

getragen. Erforderlich sind etwa 1700 Unterzeichnungen, so daß also die erforderliche Stimmenzahl in Kue bisher schon nahezu erreicht ist.

Die Gesellschaft „Beobachtung“

Veranstaltete gestern einen Theaterabend im großen Bürgergartenhof, der außerordentlich viel Interesse und einen sehr fröhlichen und harmonischen Verlauf nahm, was in erster Linie auf die erfolgreiche Aufführung des Schwanen-„Stückes“ durch Mitglieder der Gesellschaft zurückzuführen ist. Die Hauptrolle spielte Walter Dehner, das dominierende unter den schauspielerischen Talenten, die wir in Kue haben. Beachtenswert wird das Stück demnach einen zweiten Heiterkeitserfolg im Rahmen einer Veranstaltung der „Realia“ erleben.

Gerichte über eine Stollensteuer

Von der Wirtschaftlichen Vereinigung für Handel und Gewerbe des Erzgebirges, z. B., die Kue, wird uns geschrieben: „In Kue und Schneeberg sind Gerichte im Umlauf, daß eine Stollensteuer in diesem Jahre erhoben würde. Ganz ruhig Gemüter wollen sogar wissen, daß diese Steuer 30 bis 60 Pfennig pro Stollen betrage. Durch diese Gerüchte wird dem Bäckerhandwerk ein großer Schaden zugefügt, zumal bereits Verbraucherteile geküchert haben, daß sie in diesem Jahre keine Stollen kaufen lassen. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, daß die Gerüchte über eine Stollensteuer jeglicher Grundlage entbehren und daß sie scheinbar nur erfunden worden sind, um das Bäckerhandwerk zu schädigen.“

Neue Richtlinien für das Zahnärztewesen

Die Reichversicherungsanstalt für Angestellte hat neue Richtlinien für das Zahnärztewesen aufgestellt, die vom 1. Januar 1932 ab gültig sind. Ein Zuschuß zu Zahn-erhaltungskosten wird gewährt, wenn mindestens fünf Zähne ersetzt worden sind. Der Zuschuß beträgt 3 RM für jeden ersetzten Zahn. Damit sind sämtliche Aufwendungen z. B.

für Platten, Klammern, Sauger usw. abgedeckt. Für Zahnbehandlungen (Zahnziehen, Füllungen und dergl.) für Kronen und Zahnprothesen werden Zuschüsse nicht gezahlt.

Beförderung von Eisenbahnen

Die Kraftverkehrs Freistaat Sachsen L.-G. weist darauf hin, daß an den Sonntagen der Weihnachtlichen Eisenbahnen auf allen staatlichen Omnibuslinien des Bezirks befördert werden.

Ein Wirtshaus

Veranstaltete die Gendarmenbeamten des Gendarmereikommandos Kue auf dem Schießstand am Döppersgraben ein Schießfest. Die besten Resultate erzielten Gendarmereihauptwachtmeister Wöhrsch mit 78 und Gendarmereihauptwachtmeister Grabs mit 72 Ringen.

Gültigkeit der Rückfahr Scheine auf den staatlichen Kraftwagenlinien

Anlässlich des Weihnachtstreffes erhalten die Rückfahr Scheine auf den staatlichen Kraftwagenlinien Gültigkeit vom 23. Dezember 1931 bis mit 8. Januar 1932. Die am 21. Dezember ds. J. gelassenen Arbeiterwochenkarten erhalten allgemein Gültigkeit von zwei Wochen.

Die Gehaltsföhrung für die Beamten in Sachsen

Dresden. Wie wir erfahren, wird die letzte in Sachsen eingetretene Gehaltsföhrung der Beamten auf die durch die angeklündigte Reichsneuerungsbefehle der neuerliche Gehaltsföhrung von 9 Prozent Erhöhung finden. Die sächsischen Beamtengehälter werden also nur um die Differenz zwischen den 9 Prozent und der bereits in Kraft befindlichen Kürzung neuerdings geföhrigt werden.

Die Wiedererrichtung evangelischer Schulen in Sachsen

Von Oberlandesgerichtsrat Dr. Gering, Dresden,

Vorsitzender des Landesverbandes der christlichen Elternvereine Sachsens

Von der Bevölkerung Sachsens, die etwa fünf Millionen beträgt, gehören 4,5 Millionen der ev.-luth. Landeskirche an. Rund 180.000 sind Katholiken. Der Rest verteilt sich auf die Angehörigen anderer christlicher Gruppen, auf Befenner des mosaischen Glaubens und auf Dissidenten. Von den reichlich 500.000 Kindern, die die sächsischen Volksschulen besuchen, nehmen reichlich neun Zehntel am ev.-luth. Religionsunterricht teil.

Während der katholischen Minderheit ihre katholischen Volksschulen belassen worden sind, sind die Volksschulen, die die evangelische Mehrheit seit 400 Jahren in Sachsen besaß, durch das Übergangsschulgesetz vom 22. Juli 1919 in weltliche Schulen umgewandelt worden. Nicht einmal Religionsunterricht für die Kinder, deren Eltern dies wünschten, sollte in diesen umgewandelten Schulen mehr erteilt werden. Durch die Entscheidung des Reichsgerichts vom 4. November 1920 ist letzteres zwar als im Widerspruch zur Reichsverfassung stehend erklärt worden. Aber wenn seitdem auch wieder Religionsunterricht an den sächsischen Volksschulen eingerichtet worden ist, so sind die

Schulen doch im übrigen weltliche Schulen mit weltlichen Lehrbüchern geblieben. Sachsens evangelische Bevölkerung ist seit zwölf Jahren ohne evangelische Schulen! Ihre Kinder werden nicht wie vordem nur von evangelischen Lehrern, sondern auch von Andersgläubigen und von Dissidenten unterrichtet.

Das ist ein dunkler Fleck in der Kulturgeschichte Sachsens und des Deutschen Reiches. Es war ein schweres Unrecht, daß man der evangelischen Bevölkerung Sachsens ihre evangelischen Schulen genommen hat. Dieses Unrecht schießt heute, wo der Ansturm der Gottlosbewegung sich auch über unser Land ergießt, mehr denn je gebieterisch nach Wiedergutmachung. Das evangelische Sachsen muß seine evangelischen Schulen endlich zurückerhalten.

Jein Jahre lang hat die evangelische Bevölkerung Sachsens ihre Blicke hoffnungsvoll nach Berlin gerichtet. Das Reichsschulgesetz sollte die Möglichkeit, evangelische Schulen wieder zu errichten, bringen. Die Erwartungen sind geküchert worden. Die Reichsgesetzgebung hat versagt. Seit jenen schwarzen Tagen im Februar 1928, wo das Reichsschulgesetz kurz vor seiner Vollendung zu Fall gebracht wurde, ist es trotz aller Bemühungen nicht gelungen, die Reichsschulgesetzgebung wieder in Bewegung zu setzen.

Die im Landesverband der christlichen Elternvereine Sachsens zusammengeschlossene christliche Elternschaft hat sich deshalb bemüht, zur Wiedererrichtung

Tafelbestecke Walter Westmann,

Aut., Bahnhofstraße, gegenüb. Adlerapotheke

unter Umstanden allen Naturgelegen spottet. Denn Lol ist ja die Natur selber. Das dürfen wir nicht außer acht lassen.“

„Lol alsbald! Ich wage es.“

Er zog eine illustrierte Zeitung aus der Tasche. „Hören Sie zu! Ich werde ein Experiment in der Nähe Berlins machen. Es handelt sich um einen Neubau, der bis auf das Dach fertig ist. Er liegt vielleicht eine Viertelstunde von Kallberge. Wasserren kann also nicht. Menschenleben gefährde ich nicht. Nach diesem Experiment werden wir uns nach Amerika einschiffen.“

„Was wollen Sie drüben?“

„Die Versuche fortsetzen. Wir haben ja zwanzig Soldatentönen. Hier lesen Sie diesen Artikel.“

Evendien nahm die Zeitschrift und las: Billington. die tote Stadt.

Aufmerksam überlas er den Artikel, der über eine Goldgräberstadt am Abhang der Sierra Nevada handelte. Vor zwanzig Jahren hatten etwa fünfzehntausend Menschen den Ort bevölkert, bis plötzlich die Rinen erschöpften. Da verließen die fünfzehntausend Menschen nach und nach den Ort, denn es gab keine andere Verdienstmöglichkeit als die Rinen. Das Land taugte nicht für den Ackerbau. Jetzt lag die einstige Stadt verlassen und halbverfallen da. Kein Mensch wohnte in den Mauern.

„Ist das nicht ein ideales Versuchsojekt?“

„Zweifellos! Aber es hat sicher einen Besitzer.“

„Der wird für ein paar tausend Dollar sicher bereit sein, uns dort experimentieren zu lassen.“

„Das ist anzunehmen.“

„Also halten Sie sich bereit, Evendien. In acht Tagen schiffen wir uns nach den Staaten ein.“

Evendien nickte.

Dann wandte er sich Buchner wieder zu und sagte lächelnd: „Wollen Sie Amerika Lol verkaufen?“

„Ich habe darüber noch nicht nachgedacht. Es gilt ja erst, den Schlüssel zu finden“, erwiderte Buchner wahrheitsgemäß.

Zwei Tage später.

Ganz Berlin war über die seltsame Zeitungsnachricht entsetzt, und das Entsetzen pflanzte sich über ganz Deutschland fort.

In der Nähe von Kallberge hatte eine Explosion stattgefunden.

Ein entsetzlicher, ohrenbetäubender Krach hatte sie eingeleitet.

Dann sahen die entsetzten Bewohner von Kallberge, wie eine grünlich leuchtende Säule gen Himmel stie. Langsam wurde sie schwächer und verschwand dann langsam.

Als die Bewohner dann nach der Stelle der Explosion eilten, da sahen sie an der Stelle, wo das Haus halbverruht gestanden hatte, einen etwa zwanzig Meter tiefen Krater mit einem Durchmesser von über hundertfünfzig Meter.

Es war dort ein reguläres Lol entstanden, in das man, da es sich ganz langsam neigte, ohne weiteres gehen konnte.

Entsetzt, verwirrt standen die Bewohner von Kallberge vor dem Lol. Dann versuchten einige Debersen, hineinzugehen, aber nach wenigen Schritten kehrten sie um, der Boden wankte unter ihren Füßen.

Er war elastisch wie Moorboden. Rotschwarz war die Erde. Nirgends fanden sie auch nur ein winziges Restchen von dem Hause. Es war buchstäblich weg geboden verschwunden. In Staub aufgelöst.

Die Nachrichten flogen nach Berlin.

Die reichste Frau der Welt

ein Abenteuerlicher Roman von Harry Waldman

V Vertrieb: Romanvertriebs A. & O. Verlag G. m. b. H. Berlin

„Zum Lenzel mit Ihrem Jafall. Wir müssen es finden. Es geht nicht anders. Wir müssen den neuen Weg gehen. Wissen Sie, was ich meine?“

„Ich kann mir's denken! Sie wollen die Wirkungsweise des Lols ausprobieren.“

„Ja!“

„Sind Sie sich der furchtbaren Gefahr bewußt, in die Sie sich damit begeben, der Gefahr, die sich überhaupt entwickeln kann?“

„Ich bin mir ihrer bewußt. Uebrigens, so schwarz sehe ich nicht. Ich weiß, daß mein Vater bereits Versuche mit Lol angestellt hat.“

„Das ist möglich, aber nicht erwiesen.“

„Es ist erwiesen. Ich weiß es. Er hat die Versuche in der Eifel angestellt. In ganz menschenleerer Gegend. Ich habe die Rotigen gefunden, aus denen hervorgeht, wie stark eine Lolpatrone wirkt.“

„Ich kenne die Berechnungen, Herr Geheimrat. Wir haben darüber gesprochen. Aber was besagt es bei einem oder bei zwei Versuchen? Nichts! Das Lol ist eigentlich noch nicht ausprobiert. Kalkulieren Sie die Wirkung um hundert Prozent höher. Es kann sich aber auch herausstellen, daß Lol bei der gleichen Dosis tausend Prozent stärker wirkt.“

„Das wäre gegen alle Naturgesetze.“

„Evendien lachte kurz auf. „Lol ist ein Stoff, der

evangelischer Schulen eine landesgesetzliche Regelung herbeizuführen. In Bayern ist eine solche Regelung bereits seit dem 12. März 1925 erfolgt. In Preußen ist seit dem Jahre 1928 durch Verordnung des Ministeriums die Errichtung weltlicher Schulen (Sammel-schulen oder Sammelklassen) auf Antrag der Eltern ermöglicht und geordnet worden. Rund 2000 solch weltlicher Schulen oder Schulklassen sind seitdem in Preußen errichtet worden. Was in Bayern und in Preußen gesetzlich möglich war, kann auch in Sachsen geschehen. Es ist überdies ein Gebot der Gerechtigkeit, daß die evangelische Bevölkerung Sachsens ihre evangelischen Schulen endlich wieder zurückerhält, nachdem der katholischen Minderheit ihre katholischen Volksschulen belassen worden sind.

Anlässlich der Wahl des jetzigen Landtages am 22. Juni 1930 hat die christliche Elternschaft Sachsens ihre Forderungen mit folgenden knappen Worten der Öffentlichkeit unterbreitet:

„Was verlangt die evangelische Elternschaft vom neuen Landtag?“

Evangelische Volksschulen müssen endlich wieder errichtet werden! Den evangelischen Eltern steht das gleiche Recht zu, was Andersdenkenden eingeräumt ist. Weg mit dem rückwärtigen veralteten Uebergangsschul-gesetz! Dieses muß einer vernünftigen, zeitgemäßen Gesetzgebung Platz machen. Elternräte sind von amtswegen an allen Schulen einzurichten und auszubauen! Keine Erneuerung der Volksschule ohne eine in der christlichen Schule erzogene Jugend!

In Sachsen entstehen keine nennenswerten Kosten. In vielen Orten überfließt sie. Wenn man den evangelischen Eltern die ihnen genommenen evangelischen Schulen wiedergibt. Die Schulhäuser sind da. Die Lehrer sind da. Für die Wiederbeschaffung evangelischer Lehr- und Lehrmittel wird das evangelische Sachsen, trotz aller Notzeit, gern die erforderlichen geringen Opfer bringen.

Der Landtag hat verfügt. Ein deutschnationaler Antrag vom 10. Juli 1930, die Regierung zu ersuchen durch eine Gesetzesvorlage die Möglichkeit zur Wiedererrichtung evangelischer Volksschulen oder wenigstens Sammelklassen in Sachsen zu schaffen, hat bis zur Stunde keinen Erfolg gezeitigt.

Der einzige gesetzliche Weg, der der christlichen Elternschaft Sachsens bei dieser Sachlage noch offen bleibt, ist die Einleitung eines Volksbegehrens auf Wiedererrichtung evangelischer Schulen in Sachsen. Ein entsprechender Gesetzentwurf ist von der Verband-versammlung bereits auf dem Landeselternkongress im September 1929 beraten und beschlossen worden. Die Art und Zeit seiner Durchführung beschäftigt zur Zeit sämtliche christliche Elternvereine in ihren Vorstandssitzungen und Mitglieder-versammlungen.

Es ist verständlich, daß die evangelische Elternschaft den Verlauf des jetzt eingeleiteten Volksbegehrens auf Auflösung des Landtages besonders aufmerksam beobachtet. Geht doch in weiten Kreisen die Erwartung dahin, daß eine Erneuerung des Landtages klarere und einfachere Fronten schafft, als sie der jetzige Landtag mit seinen nicht weniger als zwölf Gruppen aufweist. Das evangelische Sachsen kann jedenfalls nicht mehr länger ohne evangelische Schulen sein!

Schiedspruch für die sächsische Metallindustrie
Dresden. Wie die Pressestelle beim Landesauschuß sächsischer Arbeitgeberverbände mitteilt, ist am Dienstag für die sächsische Metallindustrie von der Schlichterkammer

ein Schiedspruch gefällt worden, der ab 7. Dezember 1931 eine Lohnsenkung um durchschnittlich 6 Prozent vorsieht. Diese Regelung soll bis zum 31. Januar 1932 gelten. Die Erklärung der beiden Parteien steht noch aus.

Schwarzenberg. Der Stadtrat hat auch in diesem Jahre wieder Weihnachtsbäume auf dem Marktplatz in Schwarzenberg und auf dem Schulplatz im Stadtteil Neuwelt aufstellen lassen. Acht Meter hohe Bäume grüßen die Einwohnerschaft und weisen auf das nahe Weihnachtsfest hin. Der Kerkensplatz soll in die Herzen aller die rechte Weihnachtsfreude bringen. Die Schwarzenberger Vereine haben sich bereit erklärt, die wachstümlichen Klänge und Lieder zu Gehör zu bringen. Der unter den Weihnachtsbäumen gesammelte Erlös wird der Schwarzenberger Rothilfe zugeführt werden.

Lugau. In den Dorfbach gestürzt. Der Wagen des Grünwarenhandlers G. aus dem benachbarten Erlbach rutschte im Ortsteil Kirchberg gegenüber der Schule beim Umlernen den ziemlich hohen Damm am Dorfbach hinunter. Das Pferd überschlug sich und kam im Bach unter den Wagen zu liegen. Sämtliche Waren fielen ins Wasser.

Lugau. Die Arbeitsmarktlage im Arbeitsamtsbezirk Lugau hat sich im Monat November weiterhin verschlechtert. Die Zahl der Arbeitsuchenden stieg von 9883 am Anfang des Monats auf 10553 am Monatsende. Von der Gesamtbevölkerung des Arbeitsamtsbezirks, die mit 125 000 angegeben wird, sind 8,4 Prozent erwerbslos.

Annaberg. Einbrecher im Konsumverein. In der Nacht zum 6. d. M. ist in die 3. Verteilungsstelle der Konsumgenossenschaft „Obererzogebirge“, Ortsteil Kleinräderwalde, eingebrochen worden. Die Täter erlangten einen kleinen Bargelddbetrag. Weiter hatten sie versucht, den an der Wand befestigten Geldtresor zu entfernen, was ihnen aber nicht gelungen ist.

Chemnitz. Kommerzienrat Reineder †. Im 71. Lebensjahre verstarb gestern nach kurzem Leiden der Geheim Kommerzienrat Dr. Ing. h. c. Johannes Reineder. Der Verstorbene, der zusammen mit seinem Bruder den Vorstand der J. G. Reineder AG, Werkzeugmaschinenfabrik, bildete, gehörte zahlreichen wirtschaftlichen Organisationen in führender Stellung an. Vor einiger Zeit weilte er bei dem bekannten Besuch deutscher Industrieller mit diesem in Russland. Die Firma Reineder war schon seit einigen Jahren in hervorragendem Maße an der Ausführung der bekannten Ruffenaufträge beteiligt.

Chemnitz. Die Eintragungen zum Volksbegehren. Am Montag wurden hier 7821 neue Eintragungen zum Volksbegehren gezählt. Die Gesamt-ziffer erreicht damit 30 301 und beträgt also am sechsten Tage 126,2 Prozent der erforderlichen Eintragungen. Die erforderliche Stimmenzahl ist um 3301 überschritten.

St. Egidien. Die Strumpffabrik G. H. Wolf jr., die schon längere Zeit veräußert arbeitet, wird ihren Betrieb mit Ablauf dieses Jahres stilllegen. Von der Maßnahme werden etwa 150 Arbeiter und Angestellte betroffen.

Rittweide. Festgenommene Wilderer. Der Postzettel gelang es, einen gefährlichen Wilderer sowie zwei seiner Helfer festzunehmen. In seiner Wohnung fand man verschiedene Wilderergut, Waffen usw.

Letzsch. Die Eintragungen zum Volksbegehren. Am 7. Dezember haben sich hier 2722 Personen in die Einzeichnungslisten für das Volksbe-

gehren „Landtagauflösung“ eingetragen. Zusammen sind bisher 12 809 Eintragungen erfolgt.
Letzsch. Schwere Verkehrsunfall. In der Nacht zum Dienstag wurde auf dem Lindenauer Markt ein unbekannter, etwa 60 Jahre alter Mann von einem Motorwagen der Straßenbahn erfasst und zu Boden geworfen. Der Verunglückte erlitt einen Schädelbruch und wurde in das Naonissenhaus in Lindenau gebracht. Dort starb er kurz nach der Einlieferung. Nach der Darstellung des Unglücksfalles durch den Straßenbahnwagenfahrer ist der Verunglückte plötzlich hinter einer Kraftdrohse hervorgetaumelt. Trotz aller Versuche sei es nicht gelungen, den Wagen zum Halten zu bringen.

Letzsch. Schwere Gasexplosion. Am Montagnachmittag erfolgte in der Schönhausenstraße in Gohlis eine heftige Detonation. In einem Villengrundstück war die Gasauptzuführungsleitung, die durch den Vorgarten in den Keller führt, unecht geworden. Als die 23 Jahre alte Hausangestellte Emma Regel den Keller betrat, um die dort befindliche Zentrale der Dampfheizung zu bedienen, schob plötzlich dem jungen Mädchen eine Stichflamme entgegen, wodurch die Angeestellte nicht unerhebliche Verbrennungen im Gesicht und an den Händen davontrug. Das ausströmende Gas hatte mit der Luft ein hochexplosives Gemisch gebildet, das sich an der Ofenflamme entzündete. Die Explosion war so gewaltig, daß die Kellertür zertrümmert wurde und sämtliche Treppenhäuserfenster bis zum dritten Stockwerk in Stücke gingen. Die Glasscherben wurden weit weg geschleudert. Einen Augenblick war das ganze Haus in eine dichte Rauchwolke gehüllt. Ein durch die Explosion entstandener Brand konnte bald gelöscht werden. Die schadhafte Stelle der Gasleitung wurde im Vorgarten gefunden und nach Aushebung eines Schachtes abgedichtet. Die verletzte Hausangestellte wurde dem Krankenhaus zugeführt.

Leisnig. Nach der goldenen die grüne Hochzeit. Der Rentner und frühere Besitzer des Restaurant „Forsthaus“ in Leisnig, Ernst Richter, der jetzt in Bernau lebt, hat sich am Sonntag im Alter von 82 Jahren wieder verheiratet, nachdem er mit seiner verstorbenen ersten Gattin bereits die goldene Hochzeit gefeiert hatte. Richter, der gebrechlich ist und im Rollstuhl gefahren werden muß, hat seine bisherige treue Pflegerin geheiratet, um nicht seinen Lebensabend bei ihm fremden Personen verbringen zu müssen.

Altenberg. Aufhebung des Amtsgerichts. Am 1. Januar 1932 wird gemäß der sächsischen Verordnungs vom 22. September d. J. das Amtsgericht Altenberg aufgehoben werden. Die Gemeinden des Amtsgerichtsbezirks werden teils dem Amtsgericht Lauscha, teils dem Amtsgericht Dippoldiswalde zugeordnet werden.

Dresden. 400prozentige Bürgersteuer. Der Rat der Stadt veröffentlicht nunmehr den Nachtrag zur Gemeindesteuerverordnung für die Stadt Dresden. Wonach für das Rechnungsjahr 1931 von allen Personen, die am 10. Oktober 1931 20 Jahre alt waren, eine Bürgersteuer in Höhe von 400 Prozent des Landessteuers erhoben wird.

Dresden. Verpachtung der Dingenerwerke. Die Generalversammlung der Dingenerwerke genehmigte den mit der Aktiengesellschaft für Kohlen- und Gasindustrie abgeschlossenen Pachtvertrag, der zunächst vom 1. Januar 1932 bis 31. Dezember 1951 gelten soll. Die Pächterin muß den Betrieb noch mindestens drei Jahre in Dresden belassen. Die Aktionäre der Dingenerwerke erhalten für die Jahre 1931 und 1932 je 7 Prozent, für die folgenden Jahre je 8 Prozent. Rechtsanwalt Großmann erklärte für die Dresden Opposition, er habe sich überzeugt, daß die gegen die Verwaltung erhobenen Vorwürfe unbegründet seien.

Sachsen. Opfer des Verkehrs. Am Montagnachmittag fuhr auf der Abbauer Straße der hier wohnhafte 40 Jahre alte Gutsbeamte Rudolph mit seinem

Was die Theater bringen:

Chemnitz. Schauspielhaus. Donnerstag, 20 Uhr: „Freie Bahn dem Tüchtigen.“ Opernhaus. Donnerstag, 20 Uhr: „Das Dreimäderlhaus.“ — Zwickau. Stadttheater. Donnerstag, 20 Uhr: „Königsfinder.“ — Plauen. Stadttheater. Donnerstag: „Hafenklein kann nichts dafür.“

Die reichste Frau der Welt

Gin
abenteuerlicher Roman
von Georg Westfahl
Vertrieb: Romanverlag R. & O. Wetzer G. m. b. H. Rastatt

Kriminalisten und Reporter jagten nach Rastatt und besichtigten den Ort der Explosion.

Sie standen alle vor einem Rätsel.

Man holte die Kapazitäten der Wissenschaft heran. Auch Buchner — der ja der Urheber dieser Explosion war — wurde hinzugezogen. Doch alle standen vor einem unlösbaren Rätsel. Buchner aber schwieg.

Der Geheimrat Professor Doktor Siebeck von der Universität Berlin sagte zu dem Polizeipräsidenten von Berlin: „Das ist endlich! Zweifellos handelt es sich um ein geradezu verbrochenes Experiment mit einem neuen Sprengstoff, der die Fähigkeit besitzt, nicht nur die Materie zu sprengen, zu zersetzen, sondern — das ist das Furchtbare — sie in Atome aufzulösen.“

„Und das bedeutet, Herr Geheimrat?“

„Daß die ungeheuersten Umwälzungen bevorstehen, daß es ein Weltende werden kann, wenn es nicht gelingt, den Erfinder dieses furchtbaren Sprengstoffes zu entdecken. Ist er in verbrochener Hand, dann werden wir noch furchtlicheres erleben. Davon können Sie überzeugt sein. Meinen Sie nicht auch, Herr Geheimrat?“

Er hatte sich an Buchner, der neben ihm stand, gewandt. Buchner verneinte sich und sagte: „Zweifellos

Herr Geheimrat! Wenn der Sprengstoff in Verbrecherhand ist.“

Das ganze Ereignis erregte die öffentliche Meinung in Deutschland ungeheuer. Ja, es beunruhigte die ganze Welt.

Der Völkerbund sandte eine Anfrage an die deutsche Regierung.

Der Besitzer des Hauses war versichert und erhielt die volle Summe von der Versicherungsgesellschaft ausbezahlt. Die Zeitungen nannten den Betrag. Nach wenigen Tagen meldeten sie, daß von unbekannter Seite der Versicherungsgesellschaft der Betrag zurückerstattet worden sei.

Die Polizei arbeitete fiebershaft.

Aber nirgends fand sich eine Spur.

Auch Kommissar Schneider und Dale hatten von dem Ereignis gelesen.

Sie fuhrn gemeinsam zu Frau Frau Karlson, die sie herzlich empfing.

„Haben Sie gelesen, Frau Karlson?“ sagte Schneider nach der Begrüßung angesetzt.

„Was?“

„Die Explosionsgeschichte.“

„Aberdings! Aber —“

„Hier ist der Stoff, den Sie lesen!“

„Sie meinen, daß der Geheimrat —?“ fragte Frau Karlson erschrocken.

— den ersten Versuch gemacht hat. Er ist glänzend gelungen. Entschien kann einen packen, wenn man sich die Auswirkung dieses furchtbaren Stoffes vorstellt.“

„Ja, aber was wollen Sie tun? Sollen E. der Polizei einen Hinweis geben?“

„Nein! Noch nicht! Wir müssen selber versuchen, handeln einzugreifen. Sie wissen doch, daß ich eine Agentin im Hause des Kommerzienrats habe. Eine sehr wichtige Dame Irene Seidler. Ich habe sie hier her zu Ihnen gehen. Sie erlauben doch, daß wir hier nicht sprechen?“

„Ich bitte Sie, Herr Schneider. Das ist doch jetzt indlich.“

Etwa eine halbe Stunde später klingelte es.

Es war Irene Seidler, die eintrat.

Nach der Vorstellung wollte sich Frau Karlson zurückziehen, aber Schneider sagte: „Warten Sie, Frau Karlson, Sie sind mit uns im Bunde. Sie müssen alles wissen? Also erzählen Sie, Frau Karlson. Was gibt es Neues?“

„Der Geheimrat fährt morgen mit seinem Privatwagen nach Amerika einzuschiffen.“

Schneider erhob sich überrascht von seinem Stuhl.

„Ah, glänzend! Ah... was hat das zu bedeuten?“

„Ich habe eine Ahnung. Es handelt sich um eine Fortsetzung der Sprengstoffversuche.“

„Sie wissen —“

„Aberhand!“ lächelte das Mädchen. „Ich habe mich bemüht das Vertrauen, das Sie in mich setzten zu rechtfertigen. Ich habe mehrere Unterredungen zwischen dem Geheimrat und Evendson belauscht.“

„Zehn gut! Hat man seinen Atombomben gegen Sie?“

„Anscheinend nicht. Den Kriminalisten aber die Unterredungen brachten nichts auf den Kopf an. Herr Karlson Neug hat. Ich habe sozusagen beinahe den Grund bekommen, als wenn beide nicht daran beteiligt sind.“

(Fortsetzung folgt.)

Motorwagen...
Baum...
Zwickau...
Die...
Dresden...
Sachsen...
Organis...
Brauerel...
Kapital...
Dres...
Dres...
Dres...
Dres...

Motorrad infolge Reifendefekts gegen einen Straßbaum. Rudolf erlitt so schwere Verletzungen, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Beispiel. Schwere Verkehrsunfall. Am Dienstag, nachts gegen 1.30 Uhr, wurde vor dem Grundstück Leipzig-Ernau, Lindenauer Markt 14, ein unbekannter Mann von einem Motorwagen der Straßenbahn, Linie 15, erfaßt und zu Boden geworfen.

Beispiel. Kraftwagen-Zusammenstoß auf der Gabelstraße. Am Dienstag gegen 8.50 Uhr ereignete sich auf der Gabelstraße von Stahmeln nach Büßhagen ein Zusammenstoß zwischen zwei Personenkraftwagen.

Sächsischer Autoblock perfekt

Die seit länger Zeit geführten Verhandlungen zwischen den vier sächsischen Automobilfabriken DAW (Rasmussen) Schopau, Kubitzke Zwida, Hochwerke Zwida und Wanderer-Werke Chemnitz haben am Dienstag zu einer Einigung geführt.

Die Entscheidung der sächsischen Regierung über den Antrag auf Übernahme der Staatsbürgerschaft für das neue Kapital dürfte in der aller nächsten Zeit gefaßt werden.

Kriegsopferrenten und Sozialversicherung

Dresden. Vom Gauvorstand Sachsen des Reichsbundes der Kriegsebeschäftigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerehrenter sind mitgeteilt: Nach unwidersprochenen Nachrichten soll die Anrechnung der Renten aus der Reichsversicherung auf die Invalidenrenten geplant sein.

Landtagsanträge

Dresden. Die wirtschaftsparteiliche Landtagsfraktion weist in einem Antrag auf Verbesserung hin, wonach zwischen der Deutschen Reichsbahngesellschaft und dem tschechoslowakischen Staatsfiskus Verhandlungen stattfinden haben, die einen Verkauf der im Besitz der Deutschen Reichsbahn befindlichen Eisenbahnlinie Jittkau-Reichenberg bezwecken.

Ein kommunistischer Antrag will die Regierung beauftragen wissen, entschieden gegen die neue Reichsnotverordnung Stellung zu nehmen und in Sachsen diese Notverordnung nicht zur Durchführung zu bringen.

Organisationskonferenz der Wirtschaftspartei Westsachsen Chemnitz. Der Organisationsausschuß des Wahlkreisverbandes Westsachsen der Wirtschaftspartei tagte am Sonntag in Chemnitz in Anwesenheit der Reichs- und Landtagsabgeordneten des Wahlkreises und der Chemnitzer Stadtverordnetenfraktion.

Wissen. Aktien-Brauerei. Die zum Riebeck-Brauerei-Konzern gehörende Gesellschaft verteilt für 1930/31 aus 0,080 (0,134) Mill. RM Reingewinn 7 (12) Prozent Dividende auf 0,805 Mill. RM Aktienkapital.

Die Notlage der Stadt Dresden

Dresden. Die Stadtverordneten stimmten in ihrer gestrigen Sitzung den Vorschlägen des Vorstehers Böllsch auf Verschärfung der Geschäftsordnung durch Verkürzung der Redezeit und andere Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der parlamentarischen Arbeit.

ernste Kassenlage der Stadt ist. Bisher sei es möglich gewesen, alle Beträge an die Erwerbslosen auszuschiütten.

Meister und Gesellen im Bäckerhandwerk einmütig gegen die Nachtarbeit. Vom „Saxonia“-Verband Sächsl. Bäcker-Jungen wird ausgeschrieben:

Wichtige Sportnachrichten

Berein Turnerschaft von 1878

Am letzten Sonnabend nahm die so glänzend verlaufene 50-Jahrfeier der Turnerschaft mit der Weihe eines Tischbanners ihr Ende, welches die Frauen der Turnerschaft gefaßt hatten.

Der Greifenkampf der freien Wohlfahrtspflege

Das Deutsche Rote Kreuz im Notjahr.

Das Deutsche Rote Kreuz gibt jeden Bericht über seinen Stand und seine Tätigkeit im Notjahr 1930/31 heraus. In ihm wird mit aller Offenheit ausgesprochen, daß infolge der Wirtschaftskrise die Lage der Krankenanstalten, Heime, Hospize und Fürsorgeanstalten des Roten Kreuzes katastrophal zu werden beginnt.

Rein ziffernmäßig ist im letzten Jahre die Zahl der Vereine und Organisationen im deutschen Roten Kreuz von 7721 auf 7943 und die Zahl der Mitglieder von 1,40 auf 1,43 Millionen gestiegen.

Kaufhaus Schocken. Elektrisches Nählich. Messing vernickelt, für jede Nähmaschine passend, mit blendungsreicher Birne, beleuchtet die Nähmaschine und schont die Augen.

rische Wertarbeit zeigen wollte, galt es an diesem Tage, die Freundschaftsbände innerhalb der Turnerschaft fester zu knüpfen.

2. Männerriege im Allgemeinen Turnverein von 1862. Am Donnerstag, den 10. Dezember, findet eine Monatsversammlung statt.

Rundfunk-Programm für Donnerstag

Königsbrunnenerhausen (Welle 1635). 08.50 ca. Frühkonzert. 10.10 Schulfunk. Ungebetene Gäste in ansehnlicher Tierwelt.

Was bringen die Kinost

Unter-Erntedank. Auf dem Spielplan steht seit gestern ein außerordentlich reichhaltiges Programm, das beherrscht wird von einem höchst spannenden und sehr geschickt inszenierten Kriminal-Tonfilm.

Der Greifenkampf der freien Wohlfahrtspflege

Das Deutsche Rote Kreuz im Notjahr.

haben sie in ihrem freiwilligen Dienst an dem Gemeinwohlwert der Hilfe für andere nicht verlassen. Die Anzahl der Sanitätskolonnen und ihrer Mitglieder ist auf 2156 (2062 im Jahre vorher) Sanitätskolonnen usw. mit zusammen rund 122.000 (110.000) ordentlichen und 187.000 (128.000) außerordentlichen Mitgliedern und 8400 Helferinnen gestiegen.

Rechtsanwalt Dr. Pagenkemper erschossen aufgefunden

Berlin, 8. Dez. Der Berliner Rechtsanwalt Dr. Pagenkemper, gegen den wegen Untreue und Unterschlagung von Mandantengeldern Haftbefehl erlassen wurde, da er zu dem gestrigen anderamtlichen Termin nicht erschienen war, wurde heute früh in seiner Villa in Biedersfeld, Feldstr. 23, erschossen aufgefunden.

Rechtsanwalt Dr. Pagenkemper erschossen aufgefunden

Berlin, 8. Dez. Der Berliner Rechtsanwalt Dr. Pagenkemper, gegen den wegen Untreue und Unterschlagung von Mandantengeldern Haftbefehl erlassen wurde, da er zu dem gestrigen anderamtlichen Termin nicht erschienen war, wurde heute früh in seiner Villa in Biedersfeld, Feldstr. 23, erschossen aufgefunden.

Rechtsanwalt Dr. Pagenkemper erschossen aufgefunden

Berlin, 8. Dez. Der Berliner Rechtsanwalt Dr. Pagenkemper, gegen den wegen Untreue und Unterschlagung von Mandantengeldern Haftbefehl erlassen wurde, da er zu dem gestrigen anderamtlichen Termin nicht erschienen war, wurde heute früh in seiner Villa in Biedersfeld, Feldstr. 23, erschossen aufgefunden.

Das Meisterstück

Historische Skizze von Hans-Jescharoth, Besser

Schwer wachte die Portiere zurück. Der junge Leutnant von Wedelstaedt trat hastig in das abgelegene Kabinett. Da stand sie da, die kleine Entschuldigende in seine fast noch knabenhaften Tage. Niemand wollte in dem kleinen Zimmer Amalie von Wulffen was nicht gekommen.

Der Offizier tat einige Schritte vorwärts, seine sonst so selbstbewusste Gestalt sank müde zusammen. Von fern tauchte der Hofe ein schmelzendes Licht herbei; wiegenbe Takte umgüllten den Mann, der jetzt mit zusammengesunkenen Schritten und geballten Fäusten am Fenster stand.

Er brauchte nicht in den Saal zurückzugehen, er sah mit geschlossenen Augen, was drüben vorging; deutlich und klar umrissen glitten die Bilder an ihm vorüber. Es tanzte, betete, grüßte, sie schlug die wunderbaren, besessenen Augen auf, sie lächelte ihr süßes, verwirrendes Lächeln, und der lange Wulstow hielt sie im Arm und lächelte wieder.

Wedelstaedt trommelte mit den Fäusten einen aufpeitschenden Rhythmus auf das Fenstergitter. Er starrte in die Nacht hinaus, Schattenhaft wandte die hohe Gestalt des Postens vor dem türkisfarbenen Schloße auf und ab. Eine Fackel kämpfte kämpfend gegen die erdrückende Finsternis, verschwommen zeigten sich die Häuser, die Straßen, dann ging alles in Dunkelheit unter.

Mit leerem Lächeln zog der Offizier ein Papier aus der Tasche, er entrollte es und überlas die stierischen Zeilen — es war ein Liebesgedicht, das er in unruhigerfüllter, stiller Nacht geschrieben, als Sehnsucht ihn heimgesucht. Eine Huldigung an Amalie von Wulffen, das schönste Mädchen Brandenburgs. Er las es, las es, las es mit der schleiersten Stimme, dann schloß er die kleine Rolle mit dem roten Bändchen, auf das ein winziges Amor gestickt war. Und drüben tanzte man, die Musik spielte, Regenlicht erfüllte die Augen der festlichen Menschen mit Gelle — und Amalie war nicht gekommen. Inbrünstig und leise hatte er sie um eine Unterbrechung angefleht. Und aus kaum merklichem Sinken ihrer Lider hatte er heimliche Zustimmung gelesen. Lor, der er war. Sie tanzte, und der lange Kerk, dieser Wulstow, führte sie, erregte seine verwegenen Reiterstücke, wußte sich ins rechte Licht zu setzen. Verfluchtes Kerl!

Wedelstaedt steckte wütend die papierne Rolle fort, umkniffte mit der Faust den Degen, trat erregt vor den hohen Spiegel, dessen gläserne Hülle das milde Licht der Zalglerker weich und lebendig machte. Er betrachtete mit finsternem Blick sein Spiegelbild. Eine Wifage hatte er wie ein Hund, er war nicht gerade schön, kein Mann, der Weiber fesselte. Der Wulstow aber... der brauchte nur sporenkitzelnd einzutreten, da flogen dem stillen Kaffern auch schon alle Wände und Wädhchen-herzen zu.

Da fuhr der Offizier zusammen, ein leiser, kaum hörbarer Schritt wurde laut, eine Hand rührte an die samtene Portiere, sie rauchte...

Wedelstaedt trat blitzschnell aus Fenster, tief in den Schatten des Raumes. Alles Blut wich aus seinem Antlitz. Sie kam doch noch, Amalie kam. Seine Pulse hämmerten, das Blut brauchte ihm in den Schläfen. Stolz bäumte sich in ihm auf, sie hatte ihn abstrichlich warten lassen. Spielte sie etwa? Oh, er blickte gerade zum Fenster hinaus, er hatte Zeit, sie sollte nicht sehen, daß er in ringender Unruhe und siedernder Erwartung lauerte.

Doch nur Sekunden dauerte dies alles, dann erlag der Offizier der Wucht des Augenblickes und drehte sich um. Ihre schmalen, feinen Mädchenhände wollten er dankbar und euerbetlich küssen und...

Wedelstaedt erstarrte, da stand vor dem hohen Spiegel der schwedische Gesandte Graf Oesterne, leuchtend und mit verzerrtem Gesicht, seine Fingern ordneten die puderverweiche Staats-

perücke.

Jetzt machte der Leutnant eine Bewegung. Den Schwede schnellte herum, ein Juden durchdrachte sein Gesicht, dann lächelte seine Lippen wie auf Befehl. Eine eisernen Selbstbeherrschung dämmte die seltsame Kugellosigkeit seiner abgerissenen Bewegungen in geschmeidige Formlosigkeit. Er meinte verbindlich, sich noch einmal im Spiegel musternd: „Der Sieg der Perücke, mein Leutnant, ist für den Raballer ausschlaggebend. Man muß recht acht geben, daß man hoffähig aus-

Wedelstaedt antwortete nicht. Noch wogte in ihm die Entschuldigende, noch begriff er kaum, nur die auffällige Hast in dem Wesen des anderen ließ ihn nachdenklich werden.

„Wir wollen Fräulein von Wulffen, die schönste Frau am kaiserlichen Hofe, bewundern“, sagte lächelnd der schwedische Diplomat, den Arm des Offiziers nehmend, „kommen Sie, sie wird bald den langen Reiteroffizier heiraten, ich möchte darauf wetten.“

Wedelstaedt hörte die Worte, sie stielten deutlich auf ihn. War es doch bekannt, daß er Amalie grenzenlos liebte und um sie warb. Was sollte dies? Und auf einmal reichte sich Gedanke an Gedanke, wurde alles ein erschreckend helles Bild. Der Schwede wollte ihn ablenken, warum? War jene vorherige Erregung, jene Angst dunkel begründet? Woher kam dieser geschmeidige Mann, als er in das Kabinett huschte?

Wedelstaedt tanzte es bunt vor den Augen, und in aller Wirrnis sah er Amalie und Wulstow nicht mehr, sondern nur noch den Mann, der mit zitternden Händen seine Perücke ordnete. Argwohn erfüllte den Offizier, in Schweden rüstete man gegen Brandenburg! Nicht hielt er sich auf des lächelnden Gesandten Fersen, seinen Blick verwandte er von ihm, immer wieder mußte er auf die Perücke sehen, die mächtige, gepuderte Staatsperücke. Und plötzlich packte ihn Jäh und unermittelt die Erkenntnis!

Da wurde es totenstill in ihm. Wie auf fremden Befehl trat er an den Tisch des Salons der Kurfürstin. Man bewunderte gerade die neuesten Kupfer eines jungen Künstlers. Der Kurfürst lobte und nickte zufrieden; die Stiche gefielen ihm.

Graf Oesterne beugte sich interessiert vor. Da suchte es in der Hand des Leutnants. Er ergriff einen der silbernen Beuchter, und als ob er zuvorkommend die Kupferliche beleuchten wollte, kam er der Perücke des Gesandten nahe. Die Flamme jügelte, im Nu stand die Staatsperücke des Schweden in Flammen. Schreie gellten auf, Wedelstaedt aber packte zu und schleuderte die lodernde Perücke zu Boden, im gleichen Augenblick flog ein Papier vor dem Kurfürsten auf den Tisch, Oesterne sah verstört und mit verglästen Augen um sich. Kurfürst Friedrich Wilhelm musterte das Schriftstück.

Ein Geheimdokument aus meinem Arbeitskabinett, ein Bericht aus Warschau; der Verfasser war, wie Ihr seht, Graf Oesterne, doch nicht geschickt genug. Rittmeister von Wedelstaedt“, wandte er sich hart zu dem Offizier, ihm bedeutungsvoll die Hand auf die Schulter legend, „die Wache!“

Der Schwede wurde freibewegt, er hatte das Spiel verloren.

Als der junge Rittmeister von Wedelstaedt, dessen Name urplötzlich in aller Munde war, am Abend Amalie von Wulffen die Hand zum Abschied küßte, lächelte diese fein.

„Das war ein Meisterstück, mein Freund“, sagte sie mit tiefem Blick. Da zog der Leutnant das Liebesgedicht aus der Tasche und ließ es verfliegen und behutsam in die arten Mädchenhände gleiten. Amalie von Wulffen schlug groß und voll die reinen Augen auf, es war wie ein heimliches Versprechen.

Damals.
Sonntag war. Wir gingen durch das Korn, die verborgen blaus Blumen brannten, ob sie Deinen Blick zu Boden banneten. Unsichtbare Grillen sangen vorn. Folgen wir dem lodernen Weiden? Was ich zu Dir sprach, hab ich vergessen. Was Du schwiegst, kannst Du es noch erweisen? Sommer war es, und die Welt war schön.
Richard von Schmalz

Schwedische Winterhilfe.

Ein ergreiflicher Vorfall ereignete sich kürzlich in einem Dorf nahe dem schwedischen Städtchen Karlskamm. Zwischen Tür und Angel eines behäbigen Bauernhauses. Blau vor Kälte steht ein Arbeitsloser davor und gießt den atmofischen Ringelstrang. Die Hausfrau, eine berbe, resolute Bäuerin, öffnet die Tür und schließt diese, als sie den Fremdling in wenig Vertrauen erweckendem Auszug gewahrt, bis auf einen kleinen Spalt. „Sie wünschen“, fragt die Frau in hartem Tone, aus dem unterhohlenen Mithraismus klingt. „Arbeit“, sagt der Mann ruhig. Wieder mustert ihn die Bäuerin. Nein, er steht nicht ganz geheuer aus, wie er so dastet, einen handfesten Knäuel, an dem ein Bündel hängt, geschultert und eine verächtliche Sportmütze in der Rechten. „Sie wünschen Arbeit?“ fragt die Frau gelehrt. „Sehen Sie drüben den Stapel Bretter? Die können Sie hierher tragen und zerhacken. Dann liegen in der Scheune mehrere gefüllte Rüben- und Kartoffelsäcke. Die können Sie in den Keller duckeln. Und dann...“

„Entschuldigen Sie bitte, wenn ich Sie unterbreche“, fällt der Mann ihr ins Wort, „aber handelt es sich dabei um einen Fünfjahresplan?“ Erst will die Frau wütend die Haustür vor dem „stehen Kerl“ quatschen aber dann muß sie lachen, als er sie beschämt ansieht, während ihm die Arnie vor Kälte schlottern. „Kommen Sie herein“, herrscht sie ihn an und sagt dann milde, „Sie können sich bei uns besser satt essen als nach dem Fünfjahresplan der Volkshilfe.“ Und dann wird aufgetragen für einen armen Teufel von Arbeitslosen, als sei der König von Schweden selbst bei den Bauernleuten zu Gast. Versteht sich, daß der Gekümmte hernach die aufgetragene Arbeit mit Feuereifer anpackt. Ohne Gedanken an den Fünfjahresplan. Schwedische Winterhilfe!

Tlefanten werden unter Oel gefeßt.

Vor einiger Zeit konnte man im Londoner Zoologischen Garten einem merkwürdigen Schauspiel beizuohnen. Ein Lastkraftwagen brachte eine Ladung von 250 Litern besten Petroleum, und alsbald stürzte sich eine Schar von Wärtern mit Eimern und Besen in den Tlefantenzoo, um dessen Inzassen einer besonderen Art von Schönheits- und Gesundheitspflege zu unterziehen. Scharfs Nordostwinde hatten nämlich die Haut der Tiere so ausgetrocknet, daß die zahlreichen Kratzeln und Falten sich vielfach in tiefe, schmerzhafte Wucher und Schwären verwandelt hatten. Um die Vierfüßler von dieser Qual zu befreien, wurden für jeden der Vierfüßler 25 Liter Petroleum ausgefetzt, mit dem er gründlich eingefeßt werden sollte. Das Verfahren spielte sich recht großzügig ab, indem ein Wärter mit kräftigem Schwunge einen Eimer mit Erdöl über Kopf und Rücken des Tlefanten goß, worauf zwei andere sich beeilten, die an den Seiten herabrinneude Flüssigkeit mit einem Besen über den ganzen Körper gleichmäßig zu verteilen. Eins der Tiere wollte sich übrigens der unbekannteren Behandlung nicht aussetzen, ohne zu wissen, womit es da eigentlich eingerieben werden sollte. Es uniersuchte daher den Inhalt eines in seiner Reichweite unerschöpflich niedergefetzten Eimers bereit gründlich, daß er bereits 15 Liter sich zu Gemüte geföhrt hatte, ehe man den Mithgriff bemerkte und dem Dichäuter begreiflich machen konnte, daß Petroleum nicht für den inneren Gebrauch, sondern nur äußerlich anzuwenden ist.



R. 403 Sportlicher Anzug aus gemustertem Wollstoff mit doppeltreihig knöpfender Jacke. Spon-Schnitt für Knaben von 8-12 Jahren erhältlich (kleiner Schnitt).

R. 406 Jackettanzug aus dunkelblauem Wollstoff, für Knaben von 8-12 Jahren. Den Vorderteilen sind gefaltete Taschen aufgearbeitet. Spon-Schnitt (kl. Schn.).

Dyfelblüding.



4416 Schulkind-Trägerrod aus farbigem Wollstoff, Bluse aus gemustertem Wollstoff. Spon-Schnitt für Mädchen v. 8-10 Jahren (kl. Schnitt).

4445 Symmetrisch geschnittenes Kleid aus genoppem und einfarbigem Jersey. Spon-Schnitt für Mädchen von 8 bis 10 Jahren (kleiner Schnitt).

4444 Schulkind, Rod aus blauem Tuch, Bluse aus gestreiftem Jersey. Garnitur in Weiß. Spon-Schnitt für Mädchen von 8-10 Jahren (kleiner Schnitt).

4413 Dyfelblüding aus grünem Wollstoff. Vliesfächer aus gleichfarbigem Seide. Spon-Schnitt für Mädchen von 12-14 Jahren (kleiner Schnitt).

Die praktisch denkende Mutter wird stets darauf bedacht sein, bei der Schulkleidung ihrer Wadels und Jungen das Häßliche mit dem Praktischen zu vereinen. Gute, dauerhafte Stoffe sind auf alle Fälle erforderlich, denn an die Kleider und Anzüge der Jugend werden große Anforderungen gestellt. — Für die Jungenanzüge wählt man am zweckmäßigsten melierte Wollstoffe, die weniger empfindlich sind als einfarbige Gewebe. — Von den Formen sind die Poppenanzüge bestimmt die, die am meisten verwendet werden, da sie für die schulpflichtigen Jungen außerordentlich kleidsam sind. Wir bringen zwei Poppenanzüge, einen mit einreihigem und einen mit doppeltreihigem Knopfschluss. — Für die Mädchen sind die aus zwei verschiedenen Stoffen gearbeiteten Kleider sehr beliebt. Auf dieser Abbildung zeigen wir unter anderem zwei reizende Dyfelkleider, bei denen zu einer gemusterten Jersey- oder Seidenbluse ein einfarbiges, dunkler Wollstoffrod getragen wird. Sehr hübsch ist auch das Kleid 4443, für das im Ton gemustertes Jersey mit einfarbigem, gleichartigem Material zusammengestellt ist. — Für ein großes Mädchen ist das Modell 4413 besonders kleidsam; als Material ist jeder einfarbige Wollstoff geeignet. — In diesen Modellen sind Spon-Schnitte erhältlich. A. K.

Lyon-Schnitte zu den oben abgebildeten Modellen sind erhältlich bei Verlag Gustav Lyon, Berlin SO 18